# :antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 25.4.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €


## Sachsen-Anhalt: Schill ausgebremst!

Schill tritt nicht zur Bundestagswahl an, das ist das positive Ergebnis der Wahlen in Sachsen-Anhalt. „Die Wahrscheinlichkeit, dass wir unter fünf Prozent fallen und damit dem konservativen Lager noch Stimmen wegnehmen, ist nach dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt zu groß", sagte Schill auf einer Pressekonferenz in Hamburg, nachdem klar war, dass die Schill-Partei mit nur 4,5 % den Einzug ins Landesparlament nicht geschafft hatte. Schill erklärte auch, er persönlich werde nicht für die Bundestagswahl zur Verfügung stehen (spiegel-online, 22.3.02). Er werde eine entsprechende Empfehlung in den Bundesvorstand einbringen. Auf dem Bundesparteitag von PRO am 11. Mai werde dann endgültig entschieden.

Bei geringer Wahlbeteiligung von 56,5 % (1998 71,5, 1994 allerdings nur 54,8 %) erlitt die SPD mit nur 20 % (-15,9 %) eine herbe Niederlage, die CDU liegt mit 37,3 % (1998: 22,0%) vorn, was ihr und ihrem Kandidaten Stoiber für die Bundestagswahl Aufwind geben wird, und die FDP feiert ihre 13,3 % (1998: 4,2), als stellte sie bereits den Bundeskanzler. Dabei ist Sachsen-Anhalt das einzige ostdeutsche Bundesland, indem sie überhaupt im Landtag sitzt. Die PDS ist klar die zweitstärkste Kraft mit leicht verbessertem Ergebnis von 20,4 % gegen-über 19,6 % 1998.

Die Schill-Partei konnte nur einen kleinen Teil der früheren DVU-Wähler für sich mobilisieren. Die besten Ergebnisse holte sie in Bitterfeld und Aschersleben mit 6,7 %. 6,1 % erhielt sie in Jessen und Wolfen und 6 % in Querfurt. Die Kandidatur Stoibers die Integrationsfähigkeit der CDU nach rechts offenbar deutlich verbessert. *u.b.* ■

**Aus dem Inhalt:**



# Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl

## Die extreme Rechte knapp unter 20 Prozent

**Die rosa Welle ist vorbei. Kaum vier Jahre ist es her, dass 13 von 15 Ländern der EU sozialdemokratisch geführte Regierungen oder Koalitionen mit sozialistischer Beteiligung aufwiesen. Spätestens seit dem Wahlsieg von Silvio Berlusconi vor einem Jahr hat sich das Blatt europaweit gewendet. Frankreich, wo im Juni 1997 eine gemischte Linkskoalition aus Sozialisten, Grünen, Parteikommunisten und Linksnationalisten antrat, hat nun scheinbar eine stramme Rechtswende vollführt.**



Am letzten Sonntag blieben, nach dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl, noch der bürgerliche Staatspräsident Jacques Chirac und sein rechtsextremer Herausforderer Jean-Marie Le Pen übrig. Als bestplazierte Kandidaten, mit 19,67 Prozent bzw. 17,02 Prozent der abgegebenen Stimmen, werden sie nun in die Stichwahl vom 5. Mai gehen.

Eine Stichwahl zwischen der bürgerlichen Rechten und einer faschismusähnlichen extremen Rechten, das hat es in der Nachkriegsgeschichte des Landes noch nie gegeben. Zum letzten Mal waren im Jahr 1969 die Linksparteien im ersten Wahlgang eliminiert worden. Doch damals standen sich in der Stichwahl zwei behäbige Konservative, der Gaullist Georges Pompidou und der Christdemokrat Alain Poher, gegenüber. Und zwar war der sozialdemokratische Kandidat, der vormalige Innenminister Gaston Defferre, mit nur 5 Prozent der Stimmen schmählich gescheitert.

Doch im Unterschied zu heute blieb auf der etablierten Linken eine mächtige Kommunistische Partei präsent, die stolze 21,5 Prozent für ihren Kandidaten Jacques Duclos erzielt hatte. Heute dagegen gleicht gerade die französische KP einem Ruinenfeld.

**Die extreme Rechte bei knapp 20 %**

Bei näherem Hinsehen besteht die Haupttendenz heute nicht darin, dass die Rechte oder die Neofaschisten so sehr gewonnen hätten – das zentrale Phänomen ist vielmehr, dass die etablierten Linksparteien die Wahl verloren haben. Keiner der 16 BewerberInnen auf das französische Präsidentenamt hat die Zwanzig-Prozent-Marke erreicht, und Jacques Chiracs Ergebnis liegt unterhalb seiner Resultate im ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen von 1988 (mit 19,9 Prozent) und 1995 (20,8 Prozent).

Die extreme Rechte ihrerseits hat unbestreitbar hinzugewonnen, denn zu den 17,02 Prozent von Jean-Marie Le Pen muss man noch die für seinen geschassten ehemaligen Chefideologen, Bruno Mégret, abgegebenen 2,36 Prozent hinzuzählen. Damit trennt die Neofaschisten nur mehr ein halber Prozentpunkt von der Zwanzig-Prozent-Marke.

In absoluten Zahlen erhielt Jean-Marie Le Pen 1995 genau 4.570.838 Stimmen, im Jahr 2002 waren es hingegen 4.789.446 Stimmen. Sein ehemaliger Führerlehrling Bruno Mégret erhielt seinerseits exakt 664.566 Stimmen.

*Fortsetzung S. 7*

## „Schill-Partei“ im Gründungsrausch

NRW. Die unter dem Namen „Schill-Partei“ bekanntgewordene „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO) um den Hamburger „Richter Gnadenlos“ hat ihre ersten Ortsverbände in Nordrhein-Westfalen gegründet. Tragende Kraft bei diesen Gründungen ist vor allem die bislang unbedeutend gebliebene „Mittelstandspartei“ (DMP).

So gehörte der „Gründungsbeauftragte“ der PRO in NRW, Dieter Mückeberger, zuvor dem Landesvorstand der DMP an. Im Programm der 1997 gegründeten DMP finden sich u.a. Forderungen nach der Einsetzung von „Schnellgerichten“ bei „Kleindelikten“, der „Entemontionalisierung“ des Datenschutzes, „Kampf dem Asylmißbrauch“ und „besseren Polizeigesetzen“. Die Mittelständler scheinen sich bei Schill und seinen Anhängern so gut aufgehoben, das der Kaarster DMP-Ortsverein seinen Mitgliedern den Übertritt zum neu gegründeten Kaarster Ortsverband der DMP empfohlen hatte. Überregional bekannt wurde der bisherige Kaarster DMP-Aktivist Dr. Christian Otte. Der war 1995 als NRW-Landesvorsitzender des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forums“ (CKDF) am rechten Rand von CDU/CSU in die Kritik geraten, weil er heftig gegen das neue CDU-Vorstandsmitglied Michel Friedmann interveniert hatte. Der damalige CDU-Generalsekretär Peter Hintze warf Otte Antisemitismus vor und erwog nach einem Bericht des „Focus“ (4.9.95), das sOtte „um Unterstützung“ für die sog. „Republikaner“ geworben habe, sogar dessen Rausschmiss aus der Partei. Aber noch 1997 war Otte Landesvorsitzender des CKDF in NRW und wurde zudem Mitglied des „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ (ACP), dessen Kuratorium bis zu seinem Tod der Alt-Nazi Prof. Theodor Oberländer angehört hatte. Im gleichen Jahr erhält Otte die „Bismarck-Medaille“ des „Bismarckbund“ aus der Hand von Fürst Ferdinand von Bismarck überreicht. Eine Auszeichnung für Persönlichkeiten, die sich durch „preußische Staatsauffassung ausgezeichnet“ und „für die Förderung des deutschen Kultur- und Geschichts-bewußtseins eingesetzt haben“. Ebenfalls 1997 ereifert sich ein Christian Otte in einem Artikel in der „Jungen Freiheit“ (12/97) über die „Intoleranz linker Zeitgenossen“ in Düsseldorf, die eine Veranstaltung des „Lions-Club“ in Düsseldorf-Oberkassel mit dem damaligen FPÖ-Chef Jörg Haider verhindert hatten. 1998 tauchte Otte auf der Landesliste des „Bund Freier Bürger“ (BFB) zur Bundestagswahl auf, bei dem 1999 selbst der sog. „Verfassungsschutz“ in NRW „Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremen Bestrebung“ ausgemacht hatte. Der neu gebildete Ortsverband der PRO in Kaarst, nun zuständig für weitere Gründungen im Kreis Neuss, umfasst zur Zeit rund 30 Mitglieder. Alle seien vor ihrem Eintritt von der Hamburger Parteizentrale auf eine mögliche, rechtsradikale Vergangenheit überprüft worden, heißt es von Seiten der PRO. Man darf also gespannt sein, welche einschlägigen Personen in nächster Zeit noch für die PRO tätig werden. Nach der Gründung von Ortsverbänden in Kaarst und in Recklinghausen, sind weitere Gründungen in Düsseldorf, Köln, Münster und Essen geplant. Danach sollen Kreisverbände gebildet werden, die in ihrer Aufgliederung den fünf Regierungsbezirken in NRW entsprechen sollen. Der Landesverband NRW, derzeit hat PRO nach eigenen Angaben in NRW schon rund 800 Mitglieder, soll Ende Mai gegründet werden. Erhöhte Aufmerksamkeit ist gefordert, um weitere Wahlerfolge der PRO zu verhindern.

*hma* ■

## DVU in Hamburg

HAMBURG. Der Hamburger Landesverband der „Deutschen Volksunion“ (DVU) plant für die Zeit vom 24. bis 26. Mai eine Ausflugsfahrt nach Leipzig. Dabei sollen das Völkerschlachtdenkmal besucht werden und ein Treffen mit „Kameraden“ vor Ort stattfinden. Die nächste Sonnenwendfeier des Hamburger DVU-Landesverbandes soll am 22. Juni stattfinden.

*hma* ■

## Standortwechsel bei „BARETT“

MÖNCHENGLADBACH. Die auch an Kiosken erhältliche Zeitschrift „BARETT. Internationales Militärmagazin“ wird neuerdings vom Mönchengladbacher „Frontline-Verlag GmbH & Co.KG.“ verlegt. Chefredakteur ist, wie bisher, Karl-Heinz Dissberger (*1954), der 1975 Landtagskandidat der NPD in Düsseldorf war und laut „blick nach rechts“ (1/00) auch „zeitweilig Mitglied der Wiking-Jugend. Dissberger war Düsseldorfer Verbindungsmann der militanten Wehrsportgruppe des Rechtsterroristen Karl-Heinz Hoffmann und belieferte bis zum Verbot der neonazistischen „Nationalistischen Front“ auch den Versandhandel von Meinolf Schönborn“.

„BARETT“ wurde in der Vergangenheit vom Solinger „Barett-Verlag“, dann vom Schweizer „Kabinett-Verlag“ verlegt.




In Ausgaben von „BARETT“ finden sich neben Anzeigen diverser Personenschutz- und Sicherheitsfirmen und Militaria-Fans auch Werbeanzeigen für den Buchdienst der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ und die „Deutsche Militärzeitschrift“. Im Buchvertrieb des Verlages findet sich auch das Buch „Werwolf-Winke für Jagdeinheiten“, ein Nachdruck der „deutschen Anleitung für den Guerillakrieg aus dem Zweiten Weltkrieg“.

*hma* ■

## Urteil aufgehoben

LEIPZIG/HAMBURG. Das Leugnen des Holocaust ist auch im Rahmen der Verteidigung in einem Prozess strafbar, hat der Bundesgerichtshof nun entschieden. Damit wurde ein Urteil des Hamburger Landgerichtes aufgehoben, das den Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger vom Vorwurf der „Volksverhetzung“ freigesprochen hatte. Rieger hatte in einem Prozess die Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden in Konzentrationslagern bestritten.

*hma* ■

## Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes für Neonazis gescheitert

BERLIN. Das Im April 2001 von der Bundesregierung beim Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtete Aussteigerprogramm für Neonazis ist gescheitert. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke lässt keinen anderen Schluss zu. Von 170 Anrufern, die sich bis März 2002 bei der Telefon-Hotline des Verfassungsschutzes meldeten und als „potenziell ausstiegewillig eingestuft wurden, wurden 66 in das Aussteigerprogramm aufgenommen. 27 Betreuungsfälle sind

inzwischen wieder beendet worden, so dass nun noch 39 Neonazis vom VS „betreut“ werden.

Von den zunächst 66 Ausstiegswilligen gehörten 30 der Kameradschafts-, 19 der Skinhead-Szene, 23 rechtsextremistischen Parteien und 9 dem „kriminellen Milieu“ an (die 66 übersteigende Summe ergibt sich aus Doppelnennungen). Bei 31 lagen frühere Haftstrafen vor, 17 befanden sich in Haft, gegen 16 war ein Ermittlungsverfahren anhängig. Nur bei zehn Personen lag keine Vorstrafe vor.

Sechs Rechtsextremisten half der Verfassungsschutz durch spezielle Absprachen mit der Bundesanstalt für Arbeit, einen Arbeitsplatz zu finden. 7 Neonazis wurde bei der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes geholfen, 7 anderen Förderung bei der Schul- und Weiterbildung zuteil. In 8 Fällen wurde ein Umzug organisiert. Drei Personen wurde bzw. wird bei der Gründung einer neuen Existenz geholfen. Auch finanziell griff der VS Neonazis unter die Arme. Zahlungen für den Lebensunterhalt, Kaution bei Umzug, Gebühren bei Behördengängen nennt die Regierung in ihrer Antwort. In elf Fällen wurde ein Entschuldungsprogramm unterstützt.

Über die genaue Höhe der aufgewendeten Finanzmittel hüllt die Regierung den Mantel des Schweigens. Aus gutem Grund: Wann sonst wird (ehemaligen) Strafgefangenen so großzügig Resozialisierung angeboten? Welche anderen Arbeitslosen profitieren von Sonderabkommen mit der Bundesanstalt für Arbeit?

Das von Schily nun präsentierte Ergebnis ist ein Flop. Von der vor einem Jahr großspurig angekündigten Schwächung der rechten Szene kann keine Rede sein. In meinen Augen ist der VS, durch den V-Leute-Skandal zusätzlich diskreditiert, ohnehin ungeeignet für solch ein Programm. Zivilgesellschaftliche Stellen, die Aufklärungsarbeit gegen Rechts leisten und sich für den Opferschutz engagieren, sind da weitaus vertrauenswürdiger und haben auch überzeugende Arbeit geleistet.

*PM Ulla Jelpke* ■

## Jahresbilanz rechter Gewalt für 2001 fehlt noch immer

BERLIN. Zur heutigen Sitzung des Innenausschusses, zu der die Bundesregierung ihre Jahresstatistik rechter Gewalt und einen Bericht ihrer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorlegen sollte, erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:
Vor mehr als einem Jahr verabschiedeten die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und PDS den Antrag „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“.

*Weiter auf Seite 4*

# Naziaufmärsche am 1. Mai

**Frankfurt.** Gegen den Naziaufmarsch von Freien Kameradschaften am 1. Mai in Frankfurt sollen die Radsport-Profis Erik Zabel, Kai Hundertmarck und Jan Ullrich ein Zeichen setzen. Dies forderte das Frankfurter „Antifaschistische Aktionsbündnis“ in einem offenen Brief an die Sportler anlässlich des ebenfalls am 1. Mai stattfindenden Radrennens ‚rund um den Henninger Turm‘ ... Der antifaschistische Protest müsse auch im Radrennen seinen Ausdruck finden, schreibt das Bündnis in seinem Brief. ... Die deutschen Radsportidole werden zu einer öffentlichen Stellungnahme aufgefordert und gebeten auf ihrer Homepage auf die zahlreichen Proteste zu verweisen. Beispielgebend könnten sie zum Ausdruck bringen, dass Neofaschismus in all seinen Formen entschlossener Widerstand entgegenzusetzen ist.

*Antifaschistisches Aktionsbündnis,*
*c/o FH Fachschaft 4, aktions-buendnis@gmx.de*
*Tel. 0179 / 376 48 12*

### Termine:

**Freitag, 26 April 20.30 Uhr**
[´solid]-Infoabend mit Jörg Fischer, NPD-Aussteiger und Buchautor
Lesung und Diskussion, Raumstation Rödelheim, Auf der Insel 14

**Samstag, 27. April, 19.30 Uhr**
Beatz against Fascism
Informationen und Musik
BAF zusammen mit dem Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

**Montag, 29. April, 20 Uhr**
Infoveranstaltung mit aktuellstem Stand, ExZess, Leipziger Str. 91

**Mittwoch, 1. Mai, 9 Uhr**
Gegen Naziaufmarsch
Treffpunkt auf dem Paulsplatz
**1. Mai Demo des DGB**
10 Uhr, ab Günthersburgpark
11 Uhr, Römer



1. Mai Berlin 2000

**Dresden.** Wie in den Vorjahren will die NPD auch 2002 am 1. Mai in der sächsischen Landeshauptstadt aufmarschieren. Unter den Forderungen „Arbeit statt Globalisierung! Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen!“ mobilisieren die Rechtsextremen mittlerweile auch via Internet zu „Leistet Widerstand jetzt! Demonstriert am 1. Mai!“ nach Dresden.

Im Unterschied zu bisherigen Nazi-Umzügen am 1. Mai in Dresden gilt anscheinend in diesem Jahr 11.00 Uhr der Theaterplatz als Treffpunkt für die braundoitschen Marschierer. Als Redner sind bisher der NPD-Parteivorsitzende UDO VOIGT sowie der NPD-Landesvorsitzende Sachsen WILFRIED PETZOLD angekündigt. Für die rechte musikalische Begleitung soll die als „Liedermacherin“ titulierte ANETT sorgen. Die Stadt Dresden reagiert wie üblich auf angemeldete Nazi-Aufmärsche: „Wir können den Antrag nicht ablehnen, weil ein Demo-Verbot vor Gericht keinen Bestand hätte“, so Rathaus-Sprecher KAI SCHULZ. Längst ad acta gelegt sind offensichtlich die Versprechungen seines Dienstherrn OB INGOLF ROßBERG (F.D.P.) aus weit zurückliegenden Wahlkampfzeiten, offensiv gegen rechtsextreme Aktivitäten in der Stadt auftreten zu wollen. Derzeit bereite die Stadt, schätzungsweise nach Leipziger „Vorbild“, Auflagen für die Nazi-Demonstration am 1. Mai vor. Informationen beziffern die bisher angemeldete Größenordnung für den Nazi-Aufmarsch „mit etwa 500 Teilnehmern“. Am 1. Mai 2001 marschierten rund 1.000 Faschos durch die Straßen der Stadt.

*AntifaRechercheTeam Dresden*
*http://www.antifadresden.alturl.com* ■

## Zivilcourage zeigen – NPD-Aufmarsch entgegentreten

**Berlin.** Auch in Berlin plant die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) am 1. Mai zu marschieren. Dazu heißt es im Aufruf der Berliner Initiative Europa gegen Rassismus: Zum wiederholten Mal versucht die NPD damit den Tag, der weltweit ein Symbol für den Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen, für soziale Rechte und gewerkschaftliches Engagement ist, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die NPD fungiert nicht nur als Organisation und Auffangbecken der extremen Rechten, sondern ist auch Teil einer europa- und

Welche der darin geforderten die Bundesregierung bisher umgesetzt hat, sollte Thema der heutigen Innenausschusssitzung sein. Doch: Fehlanzeige! Fast vier Monate nach Jahresende liegt auch noch immer keine Jahresstatistik über rechte Straf- und Gewalttaten für 2001 vor. Das sagt eigentlich alles über die Gleichgültigkeit, die in der Regierung beim Thema Rechtsextremismus schon wieder eingerissen ist.

Die Bundesregierung steigt offenbar selbst nicht mehr durch ihre von Fehlern übersäten Statistiken durch. Vergleicht man die von den Bundesländern offiziell vorgelegten Zahlen mit den bisherigen (monatlichen) Zahlen der Bundesregierung, ergeben sich erschreckende Differenzen. 269 rechtsextrem motivierte Gewaltdelikte, die die Länder erfasst haben, tauchen in der Statistik der Bundesregierung nicht auf.

Bei den Straftaten ist die Diskrepanz um ein Vielfaches höher: 4.992 von den Ländern offiziell erfasste Straftaten fehlen bisher in der Bundesstatistik.

Die Regierung kann bis zum heutigen Tag auch kein Wort dazu sagen, wann sie die Studie zur Verbreitung rechtsextremen Denkens in Auftrag geben wird, ob sie die dringend notwendige Beobachtungsstelle gegen Rassismus endlich einrichten wird, was sie im Bereich Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus, im Bereich Opferschutz, Jugendarbeit u.v.m. unternimmt. Parlament und Öffentlichkeit wurden heute erneut vertröstet: Am 8. Mai soll das Thema im Kabinett behandelt werden.

Die Einrichtung einer unabhängigen Beobachtungsstelle zur Beobachtung von Rassismus und Rechtsextremismus ist notwendiger denn je. Außerdem müssen die Opferberatungsstellen in den neuen Ländern ausgeweitet werden auch auf die alten Länder. Auch dort ist Rechtsextremismus weiterhin eine hohe Gefahr für Flüchtlinge, MigrantInnen und andere Menschen. *Ulla Jelpke* ■

## Betroffene rechter Gewalt wollen ein Zeichen setzen

SUHL. Nach einer Reihe rechtsextremer Angriffe seit Dezember 2001 in Suhl und Zella-Mehlis haben Betroffene dieser Angriffe beschlossen, gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Personen aus dem öffentlichen Leben und politisch Verantwortlichen beider Städte zu einer Bündnisdemonstration in Suhl aufzurufen. Die Demo soll am Samstag, 4.5.2002, stattfinden. Suhl stellt mit einer extremen Häufung an rechtsextremen Überfällen in den vergangenen Wochen mit Sicherheit ein Zentrum rechter Gewalt dar. Erkennbar ist der Versuch von Gruppen wie „NSAW“, „Kameradschaft Rennsteig“, „Jugendsturm“ oder „JN“, in Suhl und Umgebung eine deutliche Dominanz zu erreichen. Antirassistische Gruppen werden vor Ort teilweise massiv kriminalisiert und in der Öffentlichkeit als Teil des Problems dargestellt werden. Als „Besonderheit“ des Bündnisaufrufes und der Idee einer Demonstration in Suhl ist sicherlich die Tatsache zu sehen, dass hier direkt Betroffene von rechtsextremen Angriffen die Initiative ergriffen haben und nun um Unterstützung bitten.

*Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD) Büro Erfurt*
*mailto:abad-ef@gmx.de*
*www.abad-th.de* ■

## Demonstration im Gedenken an Dieter Eich



Das Ausstiegsprogramm für Rechtsradikale läuft an

BERLIN. In der Nacht vom 24. zum 25. Mai 2000 wurde im Berliner Stadtteil Buch der Sozialhilfeberechtigte Dieter Eich von vier rechtsextremen Jugendlichen ermordet. Anlässlich des 2ten Todestages von Dieter Eich sollen antifaschistische Gedenkaktivitäten stattfinden. Im Aufruf heißt es:

„In den Vernehmungsprotokollen der Polizei gaben die vier männlichen Täter offen zu, den von ihnen als „Assi“ bezeichneten Dieter Eich aus einem rechtsextremen Tatmotiv heraus verprügelt und dann ermordet zu haben. Ihre Aussagen verdeutlichten grenzenlosen Hass auf sozial Schwache und ihnen fremde Lebensgewohnheiten. Dieser Hass wurde brutal an Dieter Eich ausgelassen, doch gemeint war nicht nur er allein. Gemeint waren Alle, die dem Bild des „ordentlichen Deutschen“ widersprechen. Arbeitslose, Obdachlose und Bettler wurden in den letzten Jahren immer wieder Opfer von nonverbalen zum Teil tödlichen Angriffen, meistens von Neonazis. Dies ist kein Zufall. Innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft hat sich seit längerem ein Diskurs über „Innere Sicherheit“ etabliert, der die angeblich notwendige „Verteidigung der öffentlichen Ordnung“ als Aufforderung zu Zwangsmaßnahmen gegen soziale Randguppen interpretiert. In der Praxis bedeutet dies z.B., dass MigrantInnen, Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. aus öffentlichen Räumen wie Einkaufszentren und Bahnhöfen vertrieben werden. Auch in der öffentlichen Debatte über den Umbau des Sozialstaates tauchen vermehrt Ressentiments gegen sog. „faule Arbeitslose“ und „Sozialschmarotzer“ auf. Das geht bis zu dem Punkt, dass Menschen, die nicht „fleißig arbeiten und stattdessen Kosten verursachen“, die als „wirtschaftlich nicht verwertbar“ gelten, als sozial minderwertig abgestuft werden. In diesen Diskursen können Neonazis Anknüpfungspunkte finden.

Wir wollen uns offensiv gegen den „bewussten Gedächtnisschwund“ und den gelebten Sozialdarwinismus in der Gesellschaft stellen und dies weit über die Stadtgrenzen von Buch hinaus verbreiten. Zusammen können wir die Angriffe der Neonazis und den Abbau vieler sozialer Zugeständnisse angemessen beantworten. Deshalb rufen wir auf, anlässlich des zweiten Todestag von Dieter Eich, am Samstag, den 25. Mai in Berlin-Buch an der antifaschistischen Gedenkdemonstration teilzunehmen. Die Demonstration beginnt um 15 Uhr am S-Bahnhof Buch und wird auch dort wieder enden.“ *(gekürzt)*

Erst-UnterstützerInnen: Antifaschistische Initiative Moabit; Antifaschistisches, Aktionsbündnis III [A3]; Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO]; Carsten Hübner MdB/PDS; Info-Cafe Pankow; Initiative gegen Rechtsextremismus Lichtenberg; Judith Demba, BdK 8.Mai e.V.; JungdemokratINNen/Junge Linke LV Berlin; Marian Krüger MdA/PDS; offenelinkeliste an der Universität Potsdam; Opferperspektive e.V. Brandenburg; Reach Out-Opferberatung Berlin. *11.4.2002*

Weitere Informationen im Internet unter: www.berlin-buch.tk, www.dieter.eich.de.vu, www.nordost.antifa.de, www.a3.antifa.de ■

## Naziveranstaltung erfolgreich verhindert

SCHWANN. Am Samstag, den 13.4.02 sollte in der Schwanner Gaststätte „Waldhorn“ eine vom „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“, der NPD sowie vielen weiteren Neonazigruppen or-

ganisierte Saalveranstaltung mit prominenten Neonazis, wie z.B. dem NPD-Anwalt Horst Mahler oder dem Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub stattfinden. Zu ähnlichen Veranstaltungen, die in den letzten Jahren im Raum Pforzheim (meist auch im Schwanner „Waldhorn“) stattfanden, reisten regelmäßig bis zu 400 Neonazis aus dem ganzen Land an. Von offizieller Seite sowie von Seiten der Polizei und der Verfassungsschutzbehörden wurden die braunen Umtriebe in Pforzheim und Umgebung bisher immer nur stark verharmlost oder gar verschwiegen. Wie am 23. Februar, als ein Nazi-Fackelmarsch in Pforzheim durch mehrere hundert entschlossene AntifaschistInnen verhindert wurde, informierte die Antifa Pforzheim /Enzkreis wieder mit öffentlichkeitswirksamen Plakaten im Raum Pforzheim. Unter anderem wurden an mehrere hundert Schwanner Haushalte Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung über das drohende Nazitreffen sowie die braunen Umtriebe in der Region informierten und zu Protesten aufriefen.

Dem Wirt wurde die ganze Angelegenheit „wegen der in der ganzen Gegend aufgehängten Plakate gegen die Veranstaltung, vieler Anrufe und der sich immer mehr zusammenrottenden Gegner“ zu heiß, woraufhin er die Saalveranstaltung in seiner Gaststätte absagte. Eine Ersatzörtlichkeit konnte von den Nazis wegen der mittlerweile auch über die Presse informierten Öffentlichkeit nicht mehr gefunden werden. Trotz der Absage der Veranstaltung fanden sich etwa 100 Menschen, darunter erfreulicherweise auch viele Anwohner, in Schwann ein, um gegen die Nazis zu demonstrieren und zu zeigen, dass sie auch in Zukunft absolut unerwünscht sind. Bezeichnend ein vom Landkreis verhängtes und durch starke Polizeikräfte größtenteils durchgesetztes Verbot „aller im Zusammenhang mit einem Demonstrationsaufruf der Antifaschistischen Aktion Pforzheim/Enzkreis stehenden öffentlichen Versammlungen im Umkreis von 150 m um das Lokal“ mit gleichzeitiger Gewaltandrohung, während noch nie auch nur eine der dort bis dahin sehr häufig abgehaltenen Naziveranstaltungen untersagt wurde. Besonders gefreut hat uns jedoch, dass sich direkt vor Ort eine kritische Öffentlichkeit und vor allem aktiver Widerstand gegen die jahrelange rechte Normalität entwickelt hat. Im Gegensatz zum Bürgermeister und anderen Offiziellen scheinen die Menschen gewichtigere Gründe zu haben, gegen die Neonazis mit ihren menschenverachtenden und mörderischen Ideologien vorzugehen, als lediglich das Image Ihrer Gemeinde retten zu wollen.

*Antifa Pforzheim/Enzkreis,*
*eMail: Pforzheim@antifa.net*
*http://pforzheim.antifa.net* ■

*Fortsetzung: Naziaufmärsche 1. Mai*

weltweiten Vernetzung von Neonazis. Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung all jener, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen, sind der Kern ihrer politischen Aussagen. Die Verschärfung des Nahostkonfliktes wird von der NPD hemmungslos ausgenutzt, um latent vorhandenen Antisemitismus zu mobilisieren.

Wir, die Berliner Initiative: „Europa ohne Rassismus“, sind nicht bereit, diese demagogische Hetze tatenlos hinzunehmen. Wir halten es für geradezu unerträglich, wenn die NPD und ihre Anhängerschaft – wie in den letzten Jahren wiederholt geschehen - mit Reichskriegsflaggen und Losungen wie „Ruhm und Ehre der Waffen SS „ oder den Hitlergruss zeigend ungestört durch Berlin ziehen können.

Strenge Auflagen oder die Verlegung der Veranstaltung in die Außenbezirke können eine breite gesellschaftliche Ächtung nicht ersetzen. Die Berlinerinnen und Berliner werden, dem Beispiel der couragierten Leipziger Bevölkerung folgend, nicht zulassen, dass der NPD-Aufmarsch unwidersprochen bleibt.

Wir rufen alle Berlinerinnen und Berliner auf, sich laut, bunt und kreativ den Nazis gewaltfrei und friedlich in den Weg zu stellen. Den genauen Ort werden wir noch bekanntgeben. Auf unseren Straßen ist weder Platz für Ideologien, die Menschen in nützliche und unnütze unterteilen, noch für rassistische und antisemitische Parolen.

Zivilcourage zeigen heißt, sich für ein weltoffenes Berlin zu engagieren.

*www.berliner-initiative.de* ■

**Erstunterzeichner:** Iris Berben, Schauspielerin; Eva Brücker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas; Nils Busch-Petersen, Geschäftsführer des Gesamtverbandes des Einzelhandels Land Berlin; Safter Cinar, DGB-Berlin/ Brandenburg; Dr. Hans Coppi, VVdN-BdA; Fred Dellheim, Vors. VVdN-BdA; Judith Demba, Initiative gegen Rechtsextremismus Lichenberg-Hohenschönhausen; Heidemarie Fischer, Mitglied des Innenausschusses, SPD; Astrid Frohloff, Nachrichten-Moderatorin Sat 1; Kurt-Julius Goldstein, Amt. Präs. des Int. Auschwitz-Komitees; Dr. Rolf Hanusch, Berlin, Akademiedirektor; Thomas Heppener, Anne-Frank-Zentrum; Uwe-Karsten Heye, Gesicht Zeigen!; Heidi Jockel, DGB Region Berlin-Brandenburg; Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin; Anetta Kahane, Amadeu-Antonio-Stiftung; Sanem Kleff, GEW Berlin; Dr. Sibyll Klotz, MdA, Bündnis 90/Die Grünen, Fraktionsvorsitzende; Thomas Koch, Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg; Stefan Liebich, Landesvors. PDS Berlin; Markus Löning, stellv. Landesvors. FDP Berlin; Fred Löwenberg, Vors. Berliner LV d. Naziverfolgten; Ingrid Lottenburger, Helsinki Citizens‘ Assembly, Deutsche Sektion; Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup, Potsdam; Regina Michalik, Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Mario Offenberg, Vorstandssprecher der Israelitischen Synagogengemeinde; Sophia Oppermann, Geschäftsführerin „Gesicht Zeigen“; Dr. Bruno Osuch, Humanistischer Verband Deutschlands, Vors. LV Berlin; Petra Pau, MdB, stellv. Bundesvorsitzende der PDS; Dr. Sibylle Quack, Stiftung Denkmal f.d. ermordeten Juden; Cornelia Reinauer, Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain/Kreuzberg, Volker Ratzmann, MdA, Bündnis 90/Die Grünen; Alexander Ritzmann, stellv. Fraktionsvors. FDP Berlin; Lea Rosh, Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas; Dieter Scholz, Vorsitzender DGB; Paul Spiegel, Gesicht Zeigen; Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung, Berlin; Christian Ströbele, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Susanne Stumpenhusen, ver.di Landesbezirksleiterin Berlin-Brandenburg; Hanns Thomä-Venske, Ausländerbeauftragter der Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg; Roland Tremper, ver.di Berlin; Ralf Wieland, MdA, SPD Berlin; Harald Wolf, MdA, PDS, Fraktionsvorsitzender; Klaus Wowereit, Reg. Bürgermeister von Berlin

## Widerstand gegen den NPD-Aufmarsch am 1. Mai

**Mannheim.** Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die NPD das für sie unbequeme Pflaster in Mannheim meidet und nach Ludwigshafen mobilisiert, um dort zu marschieren. Auf jeden Fall laufen aber die Vorbereitungen zur Zeit noch weiter. Ein breites Bündnis von Organisationen und Initiativen, voran der DGB Region Rhein-Necker ruft auf zu einer:

**Demonstration für Frieden und Gerechtigkeit. Gegen Faschismus, Terror und Krieg: 1. Mai 2002, 9.00 Uhr am Gewerkschaftshaus Mannheim**

Im Aufruf heißt es: Der diesjährige 1. Mai wird überschattet durch Krieg und Terror im Nahen Osten. Beide Seiten sind aufgerufen, friedlich zueinander zu finden.

Dazu gehört zweierlei: Beendigung der Selbstmordanschläge auf palästinensischer Seite und Beendigung des Krieges durch die israelische Regierung sowie Rückzug aus den besetzten Autonomiegebieten Palästinas.

Krieg wird Terror nicht beseitigen, er wird ihn weiter anheizen. Die UN und Europa sind gefordert, sich aktiv für einen Friedensprozess einzusetzen.

Die deutschen Faschisten wollen auch in diesem Jahr am 1. Mai in unserer Region aufmarschieren. Für Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg haben sie Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet.

Für sie ist kein Platz! Nicht in Mannheim, nicht in der Region – nirgendwo!

Wir wollen deshalb gemeinsam in Mannheim demonstrieren, so wie im letzten Jahr: eindrucksvoll und friedlich. Alle sind aufgerufen, sich an der gemeinsamen Demonstration und der anschließenden Kundgebung des DGB auf dem Mannheimer Marktplatz zu beteiligen. ■




Am Samstag, dem 11. Mai 2002 wollen wir in Dorsten eine möglichst große und laute Demo veranstalten, Beginn ist um 11Uhr am Busbahnhof. Wir wollen mit der Demo ein deutliches Zeichen gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus jeglicher Form und für eine unabhängige, antifaschistische Jugendkultur setzen.



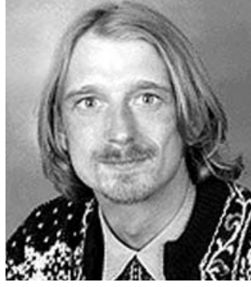
**Ausgerechnet am 20. April d.J. wollen Neonazis durch die niedersäsische Stadt Hann. Münden marschieren.**

# Nazis demonstrieren zu Hitlers Geburtstag in Hannoversch Münden

Als Anmelder fungiert nach Pressemeldungen „eine Privatperson aus der Region", die „die Mündener Stadtverwaltung der rechten Szene zuordnet". Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich bei dieser „Privatperson" um Michael von Dolsperg, der bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr für den NPD-Kreisverband Göttingen kandidiert hatte. Ein Blick auf die entsprechende Homepage bestätigt diese Vermutung: aufgrund zahlreicher „molekulargenetische[r] Untersuchungen, die zwangsweise an Kameraden durchgeführt wurden, die wegen politischer Delikte (Volksverhetzung etc.) verurteilt wurden", will „der nationale Widerstand in Hann. Münden eine Demonstration durchführen", heißt es dort. Staatsschutzbehörden hätten von Dolsperg am 25. März „überfallartig mit Zwangsmitteln eine Blutprobe zwecks DNA Identitätsfeststellung entnommen".

**Wer ist Michael von Dolsperg ?**

Der 1974 geborene Michael See gibt seit 1994 das „Sonnenbanner" (Untertitel: Nationalistisches Sozialistisches Monatsblatt) mit einer Postfachadresse in Leidefelde heraus, das anfangs noch als Organ des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige" (IHV) fungierte. Das Mitglied der später verbotenen FAP und nach eigenen Angaben „erklärter Antidemokrat" wird 1994 aus der „Aktion sauberes Deutschland" ausgeschlossen und begründet die Hitler-nostalgische „Kampfgemeinschaft" „Aktion Volkswille/Freundeskreis Nationaler Sozialisten" (FNS/AVW). In seinem „Sonnenbanner" werden „autonome Zellenstrukturen" propagiert und auch das Thema „Untermenschen" wird ausführlich beleuchtet. Seit 1999 erscheint das Blatt als „Rundbrief an den nationalen sozialistischen Freundeskreis". Als Kontaktadresse dient ein auf See angemeldetes Postfach in Hann. Münden. Seit seiner Heirat mit Cordula von Dolsperg hat er ihren Nachnamen übernommen und wohnt mit ihr im Mündener Ortsteil Bonaforth. Von Dolsperg ist zweifach vorbestraft. Zuletzt musste er sich im vergangenen Jahr gemeinsam mit seiner Ehefrau Cordula von Dolsperg vor dem Landgericht Göttingen wegen Volksverhetzung verantworten. Verteidigt wurde er dabei von dem Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger. Im September des vergangenen Jahres kandidierte er auf der NPD-Liste – nach eigenen Angaben – „als parteiloser und unabhängiger Kandidat".



Michael von Dolsperg

Unklar ist bislang, aus welchem Grund der Richter am Mündener Amtsgericht, Dr. Kraft, die Entnahme einer DNA-Probe bei von Dolsperg angeordnet hat. Für den NPD-Kreisverband dagegen steht fest: „Richter Dr. Kraft hat sich besonders dadurch hervor getan, dass er mit allen Mitteln versucht hat, die nationale Opposition im Raum Hann. Münden zu schikanieren. Daher wird die Hauptkundgebung auch vor dem Privathaus des Richters (...) stattfinden". Die NPD mobilisiert für den 20. April um 10.00 Uhr auf den Parkplatz „Tanzwerder" in Hann. Münden. Im Fall eines Verbotes empfiehlt der Kreisverband die Unterstützung der Demonstration „Meinungsfreiheit auch für Deutsche" in Weimar am selben Tag.

Ein parteienübergreifendes Bündnis gegen Rechts, das auch vom DGB unterstützt wurde, wurde ins Leben gerufen.

*kb, Göttingen* ■

*Ein Bericht über den Verlauf des 20.4. lag leider zu Redaktionsschluss noch nicht vor.*

**So ist die Studie von Gerd Wiegel betitelt, die der Autor, unterstützt von der stellvertretenden Vorsitzenden der PDS, MdB Petra Pau, am 11. April im Gewerkschaftshaus vorstellte.**

# Die Union und der rechte Rand

**Zur Strategie der CDU/CSU im Umgang mit Parteien der extremen Rechten**

„Rechts von der CDU darf es auf Bundesebene keine demokratisch legitimierte Partei geben." Die Studie vertritt die These, dass die CDU dieses ihr Diktum umsetzt, indem sie Themen der Rechten aufnimmt und in die politische Mitte trägt. Dadurch verschiebt sich die politische Mitte nach rechts.

In der Zeit nach 1945 sind drei Phasen des Aufstiegs und Niedergangs der Rechten zu nennen. wobei die dritte Phase noch nicht abgeschlossen ist.

1. Direkt nach 1945 konnten Parteien der extremen Rechten mit Geschichtsrevisionismus bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Wahlerfolge verzeichnen.

2. In den 1960er Jahren folgte der Aufstieg der NPD; Themen waren die nationale Frage und die Auseinandersetzung mit der DDR. Auf unterster politischer Ebene arbeiteten CDU und NPD in verschiedenen Landesparteien zusammen.

3. Ab den 1980er Jahren bis heute sind erneut rechtsextreme Wahlerfolge zu verzeichnen. Die Gründung der Republikaner war ein Produkt der Enttäuschung über die nicht weit genug gegangene geistig-moralische Wende der Kohl-Regierung. Die DVU folgte in den 1980ern und vor allem Anfang der 1990er.

Gerd Wiegel erkennt in der gesamten Zeit nicht nur einen taktischen Umgang der CDU/CSU mit der extremen Rechten, sondern auch inhaltliche Übereinstimmung. Beispielsweise wird 1991 von der CDU angesichts der ausbleibenden „blühenden Landschaften" sehr bewusst das Thema Asyl in den Mittelpunkt gestellt: Um von der realen sozialen Spaltung abzulenken wird eine neue Spaltung zwischen der „Nation" und dem „Außen" aufgemacht. Die soziale Frage wird „ethnisiert" (Wiegel). Mobilisiert werden dieselben Ressentiments wie von der extremen Rechten: Die Verknüpfung Ausländer – Kriminalität wird ebenso bedient wie die Verknüpfung Ausländer – Gefährdung der inneren Sicherheit. Über die Zugehörigkeit zur Nation entscheiden Kultur, Abstammung und Blut, nicht die Zustimmung zu Werten.

Ein weiteres Beispiel ist die derzeitige Debatte zur Zuwanderung: Aus ihrem „völkischen Nationenverständnis" (Wiegel) kommt die CDU zu der Befürchtung, Minderheit im eigenen Land zu werden. Aus dieser Sicht verschärft Zuwanderung das Problem. So kommt es zu Schlagworten wie „Kinder statt Inder", um das demografische Problem ohne Zuwanderung zu lösen. Die aktuelle Entwicklung ist der Rechtspopulismus, zum Beispiel die Schill-Partei.

Rechtspopulistische Parteien als Partner konservativer Parteien wie in Italien oder Österreich sind auch für die CDU zukunftsträchtig. „Wahlen werden in der Mitte gewonnen." Aber Stoiber hat Anteil daran, dass die Mitte ziemlich weit rechts liegt.

*S.F.* ■

**Die Studie ist im Regionalbüro Südbayern der PDS-Bundestagsfraktion, Schwanthalerstraße 139 zu bekommen.**

## Le Pen in der Stichwahl

**Fortsetzung von Seite 1:**

Damit hat die extreme Rechte nicht nur von der gestiegenen Wahlenthaltung profitiert, welche die Prozentergebnisse aufbläht, sondern in absoluten Zahlen rund 800.000 Wähler hinzugewonnen.

Teilweise erklärt sich das Phänomen auch daraus, dass bei den vorigen Wahlgängen noch eine nationalkonservative Rechte eine Art Puffer zwischen dem konservativ-liberalen Lager und den




Neofaschisten gebildet hatte. Bei der Präsidentschaftswahl 1995 erhielt der rechtskatholische und EU-feindliche Graf Philippe de ViIliers 4,74 Prozent (oder 1,443 Millionen Stimmen). Und bei den Europawahlen 1999 erzielten der nationalpopulistische Ex-Innenminister Charles Pasqua und de Villiers gemeinsam 13 Prozent. Beide Rechtsaußen-Konservativen waren in diesem Jahr nicht zur Präsidentschaftswahl angetreten.

Allerdings kann nur ein Teil dieser nationalkonservativen Stimmen dem Altfaschisten Le Pen zugute, denn in dessen Wählerschaft sind die sozial schlechter gestellten Schichten deutlich überrepräsentiert. Das trifft auf die Anhänger von Pasqua und de Villiers nicht gleichermaßen zu. Das Votum für die rechtsextremen Kandidaten nährt sich zum Teil aus sozialer Unzufriedenheit und pervertiertem Protest – kombiniert diesen aber mit einem massiven Rassismus, der für einen Teil dieser Wähler bis in die Erinnerung an den Algerienkrieg zurückreicht.

Die KP-Tageszeitung *L'Humanité* hatte am ersten März-Wochenende eine Analyse der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft verschiedener Kandidaten veröffentlicht – Le Pen lag damals in allen Umfragen unter 10 Prozent. Zu jenem Zeitpunkt stellte die KP-Tageszeitung eine deutliche Überrepräsentation der rechtsextremen Stimmen unter der Arbeiterschaft (15 Prozent – davon 12,5 Prozent für Le Pen – gegenüber 10 oder 11 Prozent im nationalen Durchschnitt) und vor allem in der männlichen Arbeiterschaft (16,5 Prozent) fest. Um die soziale Zusammensetzung der realen Le Pen-Wählerschaft vom 21. April zu kennen, ist es im Moment noch zu früh; wir werden in der nächsten Ausgabe darüber berichten.

### Der anti-maghrebinische Rassismus

ist tatsächlich die Hauptgrundlage des Erfolgs von Jean-Marie Le Pen, jedenfalls gegenüber seinem Massenpublikum. Der Antisemitismus und der Glaube an eine, gegen die „natürlich gewachsenen" Nationen gerichtete, Weltverschwörung spielen zwar bei dem Präsidenten des Front National (FN) ebenfalls eine gewisse Rolle. Sie richten sich allerdings nur an den harten Kern der Aktivisten, denen dadurch eine kohärente Ideologie angeboten wird, die über das Ein-Punkt-Programm bezüglich der Einwanderung hinausreicht. Der breiten Wählerschaft gegenüber ist die Geschäftsgrundlage der extremen Rechten eindeutig der Diskurs über die „Gefahren der Immigration", die vor allem von den muslimischen Einwanderern ausgingen. Kombiniert wird diese Rede mit einer alle anderen Aspekte überragenden Law and Order-Rhetorik.

Und dieser Punkt erklärt wohl am stärksten den derzeitigen Rückenwind für die extreme Rechte. Denn angesichts der Situation in den, sozial weitgehend destrukturierten, Banlieues (Trabantenstädten) hat das Beschwören der „Unsicherheit" und die Dämonisierung der Immigrantenjugend als „kriminogener Faktor" seit gut einem Jahr alle Medien beherrscht. Die ideologischen Folgen der Attentate des 11. September haben dieses Klima noch verschärft und ihm eine rassistische Prägung verliehen. Le Pen brauchte sich daher gar nicht mehr sonderlich anzustrengen. Tatsächlich hat er seit einem halben Jahr sehr viel Kreide geschluckt. Im Januar präsentierte er gar seine neue Masche, sich als durch die Altersweisheit gemäßigten „Mitte-Rechts-Politiker" zu präsentieren. Die Zeit arbeitete ihm in die Hände, wie FN-Generalsekretär Carl Lang öffentlich bemerkte.

Dabei hat es Jean-Marie Le Pen, angesichts der Schockwelle des Nahost-Konflikts in Frankreich – wo zugleich die größte jüdische, und die größte arabischstämmige Bevölkerungsgruppe im jetzigen Europa leben – geschickt verstanden, sich herauszuhalten. Und zwar in einer Weise, die es ihm erlaubt, in seiner Anhängerschaft sowohl mit dem anti-arabischen Rassismus als auch mit dem Antisemitismus zu spielen. So verurteilte Le Pen die zahlreichen antijüdischen Attacken – vom Anspucken und Schlagen von Personen bis zum Anzünden von Synagogen –, die derzeit vor allem von einer Minderheit innerhalb der arabischstämmigen Einwandererjugend begangen werden. (Zwischen dem 29. März und dem 17. April wurden insgesamt 395 gegen Juden und Jüdinnen gerichtete Straftaten registriert, sie reichen vom Graffity-Sprühen bis zum Angriff auf Personen. Sie erreichen parallel zu der brutalen israelischen Militäroffensive gegen die palästinensische Bevölkerung einen neuen, in diesem Ausmaß noch nicht dagewesenen Höhepunkt.) Dabei rechnet er dieses Problem allerdings zum allgemeinen Problem der "Inneren Sicherheit" dazu, und benennt nicht den Judenhass als Kern. Zugleich lancierte er in den letzten Tagen vor der Wahl bezüglich einer, vermutlich durch rechtsextreme Trittbrettfahrer begangen, Schändung eines jüdischen Friedhofs in Strasbourg mit Hakenkreuzen: „Es ist normal, dass es Provokationen gibt, wenn ich in Wahlumfragen ansteige", damit die Idee vom – jüdischen ? – Komplott reaktivierend. Bruno Mégret hingegen verurteilte die antijüdischen Attacken eindeutig, um daraus die Forderung nach rascher Abschiebung aller „kriminellen oder illegalen" Einwanderer vor allem muslimischer Herkunft abzuleiten, und um die Ausdrücke von dummem Judenhass als Folge der „islamischen Invasion" einzustufen. Zugleich unterstützte Mégret demonstrativ die israelische Politik, während Le Pen sich bezüglich der Konfliktparteien im Nahen Osten weitestgehend bedeckt hielt.

### Nützlicher Medienzirkus

Der Medienzirkus, den Jean-Marie Le Pen im März über die ihm fehlenden Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern der Republik – die zur Kandidatur erforderlich sind – veranstaltete, kam ihm zugute. Seit der Spaltung des Front National vor drei Jahren war dessen Chef weitgehend aus den Medien verschwunden. Nun stand er plötzlich wochenlang wieder im Mittelpunkt. Und präsentierte sich in seiner Lieblingspose: als „Opfer des Systems". In der letzten Woche vor dem ersten Wahlgang konnte man in den Vorwahlumfragen mit bloßem Auge verfolgen, wie Le Pen anstieg : 13 Prozent, 14 Prozent, dann 15,5 Prozent...

Das Hauptmerkmal der Wahl bleibt aber, dass die regierenden Linksparteien ihre großen Verlierer sind. Für die französische KP, deren Kandidat Robert Hue nur noch 3,4 Prozent erhielt, kommt das Verdikt der Wahlurnen nahezu einem Todesurteil gleich. Denn durch das Verfehlen der Fünf-Prozent-Marke bleibt ihr das Recht auf volle Erstattung ihrer Wahl-

kampfkosten nunmehr vorenthalten. Noch nie seit den Dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hatte die Partei unterhalb der fünf Prozent gelegen. Sie bezahlt damit bitter die Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung. Denn trotz ihrer Präsenz im Kabinett und gelegentlichen symbolischen Meckerns der KP-Spitze hat die Jospin-Regierung faktisch eine neoliberale Politik wie andere EU-Regierungen auch betrieben.

Die Rechnung dafür bezahlt natürlich auch der scheidende Regierungschef Lionel Jospin, der mit nur 16,1 Prozent hinter Jean-Marie Le Pen zurückfiel. Jospin hat vor allem auf seiner Linken verloren, aber auch an die Nichtwähler, die mit über 28 Prozent einen Zuwachs um über sieben Punkte erfuhren. Das eigentlich Neue an dieser Wahl ist zugleich der Durchbruch der radikalen Linken. Die langjährige trotzkistische Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller von Lutte Ouvrière (LO, Arbeiterkampf) erhielt mit 5,8 Prozent nur ein knappes halbes Prozent mehr als beim letzten Mal.

Doch neben ihr haben noch andere linksradikale Kräfte Erfolge erzielt. Die LCR (Ligue Communiste Révolutionnaire) war in diesem Jahr durch den jüngsten und unkonventionellsten unter den Präsidentschaftskandidaten vertreten. Olivier Besancenot, der drei Tage vor der Wahl seinen 28. Geburtstag feierte, ist im Zivilleben Postangesteller und Briefträger. Die LCR präsentierte den, der Öffentlichkeit bis dahin völlig unbekannten, Aktivisten der linksalternativen Basisgewerkschaft SUD offensiv als eine Art voice of the voiceless. Mit 4,3 Prozent erhielt auch er einen in dem Ausmaß unerwarteten, ersten Erfolg. Ein weiterer linksradikaler Kandidat, Daniel Glückstein von der autoritären Politsekte des Parti des travailleurs (PT, Partei der Arbeiter) erhielt knapp unter 0,5 Prozent.

**Antifaschistische Widerstände – Erste Reaktionen**

Für die Linksradikalen stellt sich nunmehr die Frage des Verhaltens in der Stichwahl in einem völlig neuen Licht. Bisher hatten LO und LCR angekündigt, nicht zur Wahl Jospins gegen Chirac aufzurufen, sondern ihren WählerInnen die Entscheidung zu überlassen. Die Präsenz des Rechtsextremen Le Pen hat nunmehr die Ausgangslage verändert.

Am Wahlabend erklärte Arlette Laguiller, nun den sozialen Widerstand gegen den höchstwahrscheinlichen Sieger der Stichwahl – Jacques Chirac – organisieren zu wollen. Ein Wahlaufruf zu dessen Gunsten komme für ihre Formation nicht in Frage. Zu Le Pen verlor sie unterdessen kein Wörtchen, was absolut beklagenswert ist. Anders war die Reaktion der LCR: Obwohl von ihrem Wahlergebnis beglückt, löste sie ihren Wahlabend noch vor 22 Uhr auf, um sich der Spontandemonstration gegen Le Pen anzuschließen, zu der das Antifa-Netzwerk RLF (Ras Le Front, „Schnauze voll vom Front National“) aufrief.

Noch in der Nacht demonstrierten mindestens 15.000 Menschen vom Odéon-Theater über die Place de la République bis zur Bastille. Die letzten Demonstrantengruppen lösten sich nicht vor vier Uhr früh auf. In der Menge fanden sich Jospin-Poster enttäuschter Jungsozialisten ebenso wie die schwarz-roten Fahnen der Anarcho-Syndikalisten, das Rot der LCR und die Sonnenblumen der Grünen. Die Frage, wie es so weit kommen konnte und welche Verantwortung Jospin an der Entwicklung trägt, konnte in der Nacht nicht mehr ausdiskutiert werden.

**Näherer Ausblick**

Ein Ausgang der Stichwahl im Größenverhältnis von circa 80 zu 20 Prozent zugunsten von Jacques Chirac ist höchstwahrscheinlich – es sei denn, dass dramatische Ereignisse wie beispielsweise ein größeres Attentat in der Zwischenzeit passieren. Die Auswirkungen auf die Parlamentswahlen am 9. und 16. Juni dieses Jahres sind derzeit noch unkalkulierbar.

Bruno Mégret hat bereits in der Wahlnacht zur Unterstützung von Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl aufgerufen, und zugleich versucht, sich die Erfolge seines ehemaligen Übervaters mit an die Brust zu heften. „20 Prozent für die nationale Rechte" seien ja ein recht gutes Ergebnis – ungefähr so, wie die Maus zum Elefanten sagt: „Hörst du, wie wir trampeln?" Die näheren Zukunftsaussichten für eine Leadership auf der extremen Rechten nach dem irgendwann zu erwartenden Ableben von Le Pen sind momentan von einer Klärung weiter entfernt denn je, da der alternde FN-Präsident derzeit im Glanze seines Erfolgs strahlt.

Für den diesjährigen 1. Mai hat Le Pen bereits große Pläne, mit denen er sich möglicherweise überschätzt. Bereits vor dem Wahlsonntag hatte er die alljährliche Demonstration des FN an jenem Tag – für die „Nationalheilige" Jeanne d'Arc – für einen anderen Platz als üblich angemeldet: Statt wie seit Jahren üblich vor der Pariser Oper (deren Platz überschaubar ist) will Le Pen jetzt auf der riesigen Place de la Concorde zu seinen Anhängern sprechen. Und die Demonstration soll in diesem Jahr über die Pariser Prachtallee der Champs-Elysées ziehen, anstatt – wie üblich – am Seineufer entlang. 100.000 Personen erwarte er zu der Kundgebung, tönte Jean-Marie Le Pen bereits Wochen vor dem ersten Wahlgang.

Damit könnte er sich freilich gewaltig übernehmen: Unter 10.000 Menschen auf der Place de la Concorde könnten leicht verloren aussehen. Im vorigen Jahr kamen zwischen 3.000 und 4.000 Aktivisten zur FN-Demonstration am 1. Mai. Und ob Le Pen, neben WählerInnen, auch derart viele neue Aktivisten rekrutieren konnte, muss im Augenblick noch dahingestellt bleiben. Zweifel sind jedoch angebracht. Der Verlauf der 1. Mai-Demonstration könnte Einiges über die Zukunftsaussichten der extremen Rechten nicht nur in den Wahlurnen, sondern auch als organisierte, strukturierte Kraft aussagen.

Bis dahin jedoch droht mann und frau noch ordentlich zugeschallt und zugedröhnt zu werden: Als einem von zwei Kandidaten der Stichwahl steht Jean-Marie Le Pen nun so viel Redezeit wie noch nie in den Medien offen. Seinen letzten großen Traum dürfte Le Pen jedenfalls noch verwirklichen: Die Abrechnungvon Angesicht zu Angesicht mit Jacques Chirac. Danach wird man weitersehen.

**Post scriptum**

Wer sich wenigstens ein bisschen amüsieren will: Der am 17. April erschienene Kinofilm „Féroce“ (Grausam) setzt einen imaginären rechtsextremen Parteiführer in Szene, der unter anderem in rassistische Morde verwickelt ist, aber eine geschickte Propaganda betreibt. Der Versuch, das Ganze als atemberaubenden Actionfilm zu drehen, ist teilweise misslungen, und die Handlung wirkt an manchen Stellen stark überdreht. Doch Jean-Marie Le Pen hat sich jedenfalls in dem Film, dessen Autoren einige Funktionsweisen des FN gut beobachtet haben, ausreichend wiedererkannt. Ausreichend, um sein Verbot „so kurz vor der Wahl“ zu fordern – denn er schade seinem Image. Allerdings vergeblich.

*Bernhard Schmid, Paris* ■

**11. Mai 2002, Willy-Brandt-Platz in Essen: „Philipp-Müller-Friedenstreffen“**

Vor 50 Jahren wurde von der Regierung Adenauer gegen breitesten Widerstand der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, mit der Verabschiedung des Generalvertrages der Weg für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik frei gemacht. Es wurde härteste staatliche Repression gegen all jene angewandt, die dieser gefährlichen Politik Widerstand entgegensetzten. So hatte das „Westdeutsche Treffen der jungen Generation“ unter Leitung des Darmstädter Studentenpfarrers Herbert Mochalski für den 11. Mai 1952 zur Friedenskarawane der Jugend nach Essen aufgerufen. Als Zehntausende schon unterwegs nach Essen waren, wurde die Veranstaltung verboten. Trotzdem trafen sich 30 000 Mädchen und Jungen unterschiedlichster politischer und religiöser Bindung in Essen. Gegen sie ging die Polizei nicht nur mit Wasserwerfern und Bluthunden vor, sondern machte auch von Schusswaffen Gebrauch. Durch zwei Schüsse in den Rücken wurde der junge Münchner Arbeiter Philipp Müller getötet. Aus diesem Anlass rufen damals an der Friedenskarawane Beteiligte und in den 50er und 60er Jahren politisch Verfolgte für den 11. Mai 2002 zum „Philipp-Müller-Friedenstreffen“ nach Essen auf. Der Aufruf wird von 217 Persönlichkeiten mit ihrer Unterschrift unterstützt.

*Karl Stiffel, Sprecher der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges*

# Bürgerkrieg im Nahen Osten

**Mit der militärischen Offensive gegen die palästinensischen Autonomiegebiete hat Israel eine neue Phase des Bürgerkrieges eingeleitet, die in ihren Folgen für die palästinensische wie für die israelische Gesellschaft noch nicht abzusehen sind.**

**Einmarsch mit amerikanischer Deckung**

Am 27. März schrieb die Süddeutsche Zeitung: „Israelische Medien berichten in diesen Tagen, Scharon halte einen Plan in der Schublade bereit, für den Fall, dass die Friedensmission des US-Sondergesandten Anthony Zinni scheitern sollte. (...) Der Plan sieht einen Großangriff der Armee auf palästinensische Städte und Dörfer vor, der noch massiver sein soll als der vor zwei Wochen, bei dem mindestens 100 Palästinenser getötet worden waren. Sollte die Zinni-Mission fehlschlagen, prophezeien Israels Medien unter Berufung auf Informationen aus dem Regierungslager, würden ‚Gewalt und Krieg in bislang nicht bekanntem Ausmaße herrschen'."

An diesem 27. März hatte Zinni seine Mission praktisch schon für gescheitert erklärt. (SZ, 28.3.) Seine Vorschläge enthielten zwar die Forderung nach einer Waffenruhe, ohne aber konkrete Perspektiven für einen politischen Dialog über den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten anzubieten.

An diesem 27. März begann in Beirut das Gipfeltreffen der Arabischen Liga ohne Arafat, dessen Rückkehr in die Autonomiegebiete Israel nicht garantiert hatte. Die Arabische Liga verabschiedete im weiteren Verlauf eine Erklärung, mit der sie sich den saudischen Friedensplan trotz gewisser Interessenunterschiede in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge zu eigen machte: Die arabischen Staaten akzeptieren Israel als Teil der nahöstlichen Region, wenn Israel sich aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht, einen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennt und einer gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage zustimmt. Die israelische Regierung wies den Plan postwendend als „Rohrkrepierer" zurück.

An diesem 27. März sprengte sich ein Palästinenser in einem Hotel in Netanja, Israel, in die Luft und tötete 22 Menschen (insgesamt kamen im März 120 Israelis um). Tags darauf setzte die israelische Regierung ihren Plan zum Großangriff auf die palästinensischen Autonomiegebiete in Kraft. Seither hat die israelische Armee zahlreiche palästinensische Städte und Ortschaften besetzt, die Militäroperationen werden ständig verstärkt, die Mobilisierung der Reservisten immer noch ausgeweitet. In Israel ist von der „Endrunde" in den israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen die Rede. (FAZ, 2.4.) Hunderte Palästinenser wurden bis heute getötet, nicht nur bewaffnete Kräfte, die dem Einmarsch Widerstand entgegensetzten, sondern auch viele unbewaffnete Zivilisten.

Mit der Entsendung seines Gesandten Zinni habe der US-Präsident den Bürgerkrieg stoppen wollen, um sich durch Ruhe an dieser Front in der arabischen Welt Stillhalten für einen Angriff auf den Irak zu erkaufen. Mit dieser halboffiziellen Lesart der Zinni-Mission hatten die USA im März bei vielen Menschen den Eindruck erweckt, dieses Mal ernsthaft auf eine Waffenruhe als ersten Schritt zum Frieden hinwirken zu wollen. Im Rückblick wird deutlich, dass die USA stattdessen dem israelischen Einmarsch in die Autonomiegebiete gezielt Deckung gegeben haben. Während die israelische Regierung den saudiarabischen Friedensplan offen verhöhnte, erhöhte die US-Regierung durch Zinni den Druck auf die Palästinenser. Als die israelische Armee in die palästinensischen Gebiete eindrang, schwiegen die USA. Als Bush dann sprach, erklärte er ausdrücklich Arafat – der von Israel zum „Feind" erklärt, belagert und total isoliert worden war und über dessen Tötung offen spekuliert wurde – zum Schuldigen. Er sanktionierte Israels Angriff auf die Autonomiegebiete als „Recht auf Selbstverteidigung", und vor allem vermied er, ausdrücklich den sofortigen und unbedingten Rückzug der israelischen Truppen zu fordern. (Die Rede ist in deutscher Übersetzung unter www.friedensratschlag.de zu finden.) Der israelische Generalstabschef Mofas reagierte mit der Ankündigung, dass die Armee noch mindestens vier Wochen brauche, um die Ziele der erneuten Besetzung der palästinensischen Städte zu erreichen. Als Zinni jetzt erneut die Region bereiste, forderte er von den Palästinensern – währenddessen Israel eine zweite Zusammenkunft Zinnis mit Arafat unterband und die palästinensische Delegation an der Fahrt von Ramallah nach Jerusalem hinderte – die Durchsetzung einer Waffenruhe und Massenverhaftungen, obwohl die israelische Armee noch die Städte besetzt hält, ohne den Abzug Israels zu fordern und ohne politische Verhandlungen anzubieten. (NZZ, 8.4.)




Info: ARBEITER FOTOGRAFIE www.arbeiterfotografie.com

## Antifaschisten wenden sich gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Nahost

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) teilt die Beunruhigung in der internationalen Öffentlichkeit über den eskalierenden Konflikt zwischen Israel und Palästinensern. Sie unterstützt alle Bemühungen um die sofortige Beendigung des Krieges als Voraussetzung für eine friedliche Lösung.
„Als deutsche Antifaschisten wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen die regierungsoffizielle Erwägung, deutsche Soldaten nunmehr auch im Nahen Osten einzusetzen," heißt es in der Stellungnahme des Bundesausschusses der VVN-BdA.
„Die Verbrechen des deutschen Faschismus und der Holocaust sind schließlich eine wesentliche Ursache für die Entstehung des Konflikts überhaupt. Es ist deshalb geradezu zynisch, den Einsatz deutscher Soldaten dort mit der besonderen deutschen Verantwortung begründen zu wollen", erklärt der Bundesausschuss der VVN-BdA.
„Wir fordern, dass die Bundesregierung nicht militärische, sondern friedenspolitische Anstrengungen unternimmt, den Konflikt zu entschärfen, insbesondere durch die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen in die Region und durch nachdrückliche Einflussnahmen auf die politisch Verantwortlichen, die terroristische, militärische und strukturelle Gewalt zu beenden."
Die VVN-BdA tritt entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel ein; sie tritt ebenso für einen palästinensischen Staat ein. Sie verlangt die Verwirklichung der Nahostresolutionen und -forderungen der Vereinten Nationen.

*Stellungnahme des Bundesausschusses der VVN-BdA, Hannover, 15.4.02*

US-Außenminister Powell, der am Montag zu einer Nah-Ost-Reise aufbrach, hat sich noch nicht einmal darauf festgelegt, mit Arafat sprechen zu wollen. (Welt, 9.4.)

**Ziele des Einmarsches**

Mit der Ausschaltung Arafats, ein erklärtes Kriegsziel, wolle sie die Perspektive für Verhandlungen mit „gemäßigten Palästinenserführern" eröffnen, lässt die israelische Regierung verlauten. Entgegen dieser Kriegspropaganda würde Israel mit der Ausschaltung Arafats jedoch den derzeit einzigen politischen Repräsentanten der Palästinenser beseitigen, der bereit und als Symbolfigur des jahrzehntelangen palästinensischen Befreiungskampfes legitimiert ist, den Konflikt durch Verhandlungen zu beenden, der also auch in der Lage wäre, die Anerkennung legitimer Interessen Israels durchzusetzen, wenn Israel seinerseits die legitimen Interessen der Palästinenser anerkennt: die Gründung eines palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt und den Rückzug auf die Grenzen von 1967, einschließlich der Räumung der Siedlungen in den palästinensischen Gebieten.

Das aber ist der Kern des Scheiterns des Friedensprozesses und der Eskalation der Auseinandersetzungen zum Bürgerkrieg: Die israelische Politik hat insbesondere mit der Landnahme jenseits der Grenzen von 1967 auch „nach Oslo" nie gebrochen. Ein mächtiges Bündnis von ultranationalistischen und fundamentalistischen Kräften will die Annektierung der 1967 besetzten Gebiete und die Vertreibung oder völlige Entrechtung der dort lebenden Palästinenser. Der Eindruck drängt sich auf, dass Scharon als Führer dieses Bündnisses Ende März seine Stunde zum Handeln gekommen sah.

Es gibt Berichte, wonach auch hohe israelische Offiziere vor der weiteren Eskalation gewarnt haben sollen: welche politische Perspektive Israel den über drei Millionen Palästinensern nach einem militärischen Sieg bieten wolle?

Die israelische Kriegsführung lässt die Antwort ahnen. Sie zielt darauf ab, die politische Selbstverwaltung der Palästinenser und ihre Existenzbedingungen zu zerstören. Die Autonomiebehörde existiert nicht mehr. In den besetzten Gebieten ist für Hunderttausende Palästinenser die Versorgung mit Strom und Wasser unterbrochen. Nahrungsmittelvorräte werden knapp, ebenso Medikamente. Telefonleitungen sind gekappt. Rundfunk- und Fernsehanstalten wurden zerstört, auch ausländische Journalisten werden bedroht und eingeschüchtert. Die israelische Armee unterbindet mit Gewalt die medizinische Versorgung von Verletzten und Kranken; sie greift selbst Krankenhäuser und Rettungswagen an. Die belagerten Städte und Flüchtlingslager sind abgeriegelt. Die Angriffe bringen alles öffentliche Leben zum Erliegen. Menschenrechtsorganisationen, auch israelische, werfen der Besatzungsarmee Plünderungen, Folterungen und Hinrichtungen vor. (ftd, 7.4.) Der Angriff soll, so scheint es, den Palästinensern mit aller Brutalität vor Augen führen, wie ohnmächtig und in ihren einfachsten Lebensäußerungen abhängig von Israel sie sind. Das versteht Scharon unter Vernichtung der „Infrastruktur des Terrors": den Überwältigungssieg Israels über die palästinensische Gesellschaft. Eine „politische Perspektive" für die Palästinenser braucht es nach dieser Vorstellung nicht.

**Auch Israel zahlt den Preis**

Eine politische Perspektive aber bietet dieser Überwältigungskrieg auch für die israelische Gesellschaft nicht. Das lässt sich nicht zuletzt an den Wirtschaftsdaten ablesen. Noch 2000, bis zu Beginn der Intifada, verzeichnete Israel eines der besten Jahre in seiner Wirtschaftsgeschichte. Aufgrund vor allem des anhaltenden Bürgerkrieges brach die Wirtschaft im folgenden Jahr regelrecht ein, 2001 war nach 1953 das bisher schlechteste Jahr. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf sank um 2,8%. Der Exportrückgang belief sich auf 13% – die steilste Abnahme, die je in einem einzigen Jahr notiert wurde. Das Handelsbilanzdefizit verdoppelte sich auf 2,8 Mrd. $. Nach jahrelang stabilen Preisen zeichnet sich erstmals wieder, wenn auch mit 1,1% noch schwach, eine Inflation ab. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 10,2% am Jahresende. Die Investitionen gingen um ca. 8% zurück. Nicht zuletzt ziehen sich ausländische Investoren zurück; die rund 450 ausländischen Konzerne, die in Israel investiert haben, darunter überwiegend US-amerikanische, haben einen erheblichen Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Während die High-Tech-Branche, eine der vormals großen Wachstumsindustrien, hauptsächlich durch die Krise auf den Weltmärkten betroffen ist, spüren andere Wirtschaftszweige unmittelbar die Folgen des Bürgerkriegs. Die Touristenzahlen reduzierten sich von einst monatlich 150.000 bis 180.000 auf rund ein Drittel. Die Industrien, die von Exporten in die palästinensischen Gebiete abhängig sind, erlebten ebenso einen Einbruch wie die Landwirtschaft und der Bausektor, die sich der billigen palästinensischen Arbeitskraft bedient hatten und jetzt von der weitgehenden Abriegelung der Autonomiegebiete betroffen sind.

Für 2002 waren die Prognosen auch vor dem Einmarsch Ende März nicht günstiger. Vor allem wird mit dem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Reduktion der Steuereinnahmen 2001 wird sich 2002 fortsetzen, sie wurde kürzlich für dieses Jahr auf 2 Mrd. $ veranschlagt. (NZZ, 6.4., haGalil onLine 28.10.01) Die jüngste Entwicklung wird die Prognosen noch einmal drastisch verschlechtern. Ohnehin stellt der Rüstungshaushalt ein Fünftel des Jahreshaushalts dar: mehr als 8 Mrd. $. Die Armeestärke beläuft sich, vor der gegenwärtigen Mobilisierung, auf ca. eine halbe Million Männer und Frauen. Jetzt werden Zehntausende Reservisten mobilisiert. Das zahlt die Gesellschaft mit weiterer Reduzierung der Wirtschaftstätigkeit bei gleichzeitig steigenden Militärausgaben.

Wie hoch die Kosten bei andauernder Besetzung der palästinensischen Territorien und der Überwältigung der palästinensischen Gesellschaft sein werden, vermag kein Mensch abzuschätzen.

**Die israelische Friedensbewegung**

Ermutigend sind die Aktivitäten der israelischen Friedensbewegung, die den Kampf gegen eine die öffentliche Meinung beherrschende Angriffsstimmung führen muss und sich auch durch wachsende Repression nicht mundtot machen lässt. Die Bewegung der Verweigerer, immer noch eine sehr, sehr kleine Minderheit, erhält nach wie vor Zulauf von Soldaten aller Waffengattungen. Jetzt haben sogar ein U-Boot-Major der israelischen Nuklearstreitkräfte und der Kapitän eines Raketenbootes den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert, bemerkenswert, weil sich die Kampagne erstmals auf die Seestreitkräfte ausgeweitet hat, die zwar nicht unmittelbar an der Besetzung beteiligt, jedoch für die Seeblockade Gazas zuständig sind. Bemerkenswert auch deshalb, weil die Besatzungen der U-Boote mit Nuklearsprengköpfen besonders gründlich ausgewählt wurden. Beide Seeoffiziere wurden Anfang April zu 28 Tagen Militärhaft verurteilt, ebenso mehr ein Dutzend weiterer Soldaten verschiedener Dienstgrade und Waffengattungen. Die antimilitaristische Organisation Yesh Gvul berichtet (Indymedia Israel), dass derzeit rund 30 Verweigerer in Militärgefängnissen inhaftiert sind, so viel wie noch nie, nicht einmal auf dem Höhepunkt des Libanon-Krieges.

Auch sonst entfaltet die Friedensbewegung viele Aktivitäten. Aktivistengruppen versuchten, wenn auch ohne Erfolg, die Blockade Ramallahs zu durchbrechen und Medikamente und Lebensmittel zu bringen. Nur einer kleinen Gruppe Frauen gelang es durchzukommen. Sie unterstützen vor Ort die humanitäre Versorgung der Bevölkerung. Einige tausend jüdische und palästinensische Israelis demonstrierten an den Checkpoints A-Ram und Kalandia, aufgerufen von Ta'ayush, einer israelisch-palästinensischen Organisation, und Gush Shalom, der radikal linken Friedensorganisation, der bekanntester Aktivist Uri Avnery ist. (Indymedia Israel) Am vergangenen Wochenende versammelten sich mehrere tausend Menschen – die Angaben schwanken zwischen 7000 und 20000 – in Tel Aviv, um gegen die israelische Okkupation und gegen bekannt gewordene Kriegsverbrechen der israelischen Armee im Flüchtlingslager Jenin zu demonstrieren. *scc* ■

## Türkische Unternehmer: Ausländeranteil an Grundschulen begrenzen

BERLIN. Der Ausländeranteil in Grundschulen sollte nach Ansicht türkischer Unternehmer auf maximal 25 Prozent begrenzt werden. So könne die schulische und berufliche Situation von ausländischen Jugendlichen in Deutschland verbessert werden, sagt der Vorsitzende, Esref Ünsal, des Verbandes Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD), am 4.4. in Berlin. Die Begrenzung könne dazu beitragen, das Leistungsniveau der Klassen zu vereinheitlichen. Weiterhin sei eine flächendeckende Sprachförderung, eine frühere Einschulung und ein größeres Angebot von Ganztagsschulen notwendig. Eine Quotenregelung für Ausländer bei der Berufsausbildung könnte helfen, die Zahl ausländischer Azubis zu erhöhen. Nur 38 Prozent der Jugendlichen aus Einwandererfamilien hätten eine Lehrstelle. Bei den Einheimischen seien es 66 Prozent.

Die Zahl der ausländischen Jugendlichen ohne Schulabschluss ist nach Angaben des Verbandes erneut gestiegen. Sie lag im Jahr 2002 mit 19,9 Prozent um 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Insgesamt verlassen in Deutschland 9,2 Prozent aller Jugendlichen die Schule ohne einen Abschluss. In den Sonderschulen sind nach Ünsals Meinung ebenfalls zu viele Ausländer zu finden. 1999 habe ihr Anteil 15 Prozent betragen. Der Grund sei zumeist mangelnde Sprachkenntnisse. Deutsche Kinder besuchten nur zu 7,8 Prozent die Sonderschule. Zu wenige ausländische Jugendliche erreichten einen Abschluss an weiterführenden Schulen, kritisierte Ünsal. Zwar legten im Jahr 2000 knapp 10 Prozent das Abitur ab - vor zehn Jahren waren es erst 6,4 Prozent. Bei deutschen Jugendlichen schafften hingegen 25,8 Prozent das Abitur.

Ünsal wies den Vorwurf zurück, das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der internationalen PISA-Studie sei auch auf die schwachen Leistungen ausländischer Schüler zurückzuführen. „Ein Ausländeranteil von unter 10 Prozent an deutschen Schulen kann nicht ursächlich sein für eine Platzierung in den hintersten Rängen.“ *Quelle: dpa-Kulturpolitik 8.4.2002 - bee* ■

## Schutz und Sicherheit für Roma: Demonstration gegen Rückführung von Roma

HANNOVER. Die ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat im November 2001 beschlossen, dass die Länder „die Duldungen von Minderheiten aus dem Kosovo für weitere sechs Monate verlängern können“ (Pressemitteilung der IMK, 8.11.2001). Ein neues „Rückübernahmeabkommen“ wird seit Dezember 2001 ausgehandelt. Eine Delegation deutscher Innenminister hat Ende Februar 2002 den Kosovo besucht Bei der Frühjahrskonferenz im Juni 2002




in Bremerhaven wird die IMK erneut über den Umgang mit Roma-Flüchtlingen u.a. Minderheiten-Angehörigen beraten.

Am 8.4.2002 haben in Hannover ca. 350 Roma gegen die geplanten Abschiebungen protestiert. Von der Abschiebung sind ca. 5.000 Personen in Niedersachsen betroffen. Aus dem Aufruf der Romane Aglonipr e.V. Hannover zur Demonstration: „Viele Roma mussten durch Krieg im ehemaligen Jugoslawien, speziell den Kosovo-Krieg, aus ihrer Heimat fliehen. Zehntausende fanden Schutz in Westeuropa, auch in Deutschland. Seit dem Frühjahr 2002 leben viele Roma-Familien und -Kinder in Angst vor einer erzwungenen Rückkehr. Die deutschen Behörden planen offensichtlich, das Jahr 2002 zum Jahr der „Minderheitenrückkehr“ zu machen. .... Vorgesehen ist, Roma-Flüchtlinge nach Serbien und Montenegro zu schicken, möglicherweise auch diejenigen, die aus dem Kosovo stammen. Bei der manifesten Diskriminierung und alltäglichen Bedrohung der Roma als Minderheit in der Bundesrepublik Jugoslawien würden die deutschen Behörden Roma-Flüchtlinge in das Elend von Ghettos und Slums in Serbien oder Montenegro schicken – eine Rückkehr in den Kosovo ist nach Ansicht vieler Beobachter derzeit nicht möglich. Das Vorhaben, Roma-Flüchtlinge zur Ausreise zu zwingen, ist nicht human. Die Flüchtlinge aus dem Kosovo – besonders Roma – sind in Serbien mit einer sozialen und humanitären Katastrophe konfrontiert. Denn Roma sind in Serbien, Montenegro und dem Kosovo eine „Minderheit ohne Stimme“.

Wir fordern:

- Bleiberecht für alle Roma-Flüchtlinge und ihre Familien!
- Zugangserleichterung für Roma-Kinder zu Schul- und Berufsausbildung!
- Roma in Deutschland als Gesprächspartner zu akzeptieren, wenn über das Schicksal der Roma entschieden werden soll!“ *bee* ■

## Abschiebung von Roma mit Lufthansa

FRANKFURT. Wegen menschenrechtswidriger Abschiebungen haben Staatenlose aus Rumänien die Lufthansa angegriffen und ihren Widerstand für den Fall von Abschiebungen erklärt. Anlass für die Proteste ist die Abschiebung der Familie Mogos aus Wiesbaden. Die seit 11 Jahren hier lebende Familie wurde am 7. März 2002 abgeschoben. Eine große Zahl Polizisten drang in die Wohnung ein und brachte die Familie getrennt zu zwei Passagiermaschinen der Lufthansa in München und Frankfurt. Nach Angaben der Familie ist die Polizei mit großer Brutalität vorgegangen. Seit ihrer Abschiebung wird die Familie Mogos in einer von der rumänischen Grenzpolizei bewachten Baracke in der Transitzone des Bukarester Flughafens eingesperrt. Um sie zu zwingen, einen Antrag auf Wiedereinbürgerung zu stellen, wird ihnen die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, für den an Diabetes erkrankten Familienvater und die an Depressionen leidende Mutter verweigert. Ebenso ergeht es dem staatenlosen Roma Mihai Ion, der am 8. Februar abgeschoben wurde – ebenfalls in Handschellen mit einer Maschine der Lufthansa.

Im Fall der Staatenlosen aus Rumänien, deren Zwangstransport die rumänische Fluggesellschaft TAROM – nach Aktionen der Kampagne deportation class stop! – mittlerweile verweigert, ist Lufthansa offenbar in die Bresche gesprungen. Im Frühjahr 2001 hatte Bundesinnenminister Schily mit seinem rumänischen Amtskollegen Rus vereinbart, dass Rumänien die ehemals von dort stammenden Staatenlosen visumsfrei einreisen lasse, d.h. auch zwangsweise Abgeschobene zurücknehme. Als Gegenleistung sagte Schily zu, sich für die – seit 1.1.2002 in Kraft getretene – visumsfreie Einreise rumänischer Staatsangehöriger in die Länder der EU einzusetzen. *nach PM kein mensch ist illegal - udi. Siehe auch: www.staatenlos.de/* ■

Korrektur: In AN 8/02 druckten wir einen Artikel zur Entscheidung im Bundesrat über das Zuwanderungsgesetz ab. Der Artikel war irrtümlich mit Stefan Keßler gezeichnet, die Autorin war aber Ulla Jelpke. Wir bitten um Entschuldigung.

## Schengener Informations-system – Kontrolle und Überwachung

**Zentral-Computer in Strasbourg**

Als das Schengener Informationssystem (SIS) Ende der 80er Jahr geplant wurde, versuchten die beteiligten Polizeien der Vertragsstaaten dieses System als das Instrument zur Bekämpfung der organisierten und schweren Kriminalität zu verkaufen. Ab 1995 wurde das System in Betrieb genommen. Heute sind fünfzehn Staaten daran beteiligt: dreizehn EU-Staaten – d.h. aller außer Großbritannien und Irland – und zwei Nicht-EU-Staaten – Norwegen und Island.

Das SIS besteht aus einer zentralen Komponente mit Sitz in Strasbourg (C.SIS) und jeweils nationalen Komponenten (N.SIS) in den Mitgliedstaaten. Das C.SIS sorgt in erster Linie dafür, dass sämtliche Daten in den nationalen Systemen parallel gespeichert werden. Gefahndet wird nach Personen und Sachen. Die SIS-Arbeitsgruppe des Rates schätzte im März 2001, dass zum Jahreswechsel insgesamt 14 Mio. Datensätze im SIS enthalten sein würden. Die weitaus überwiegende Zahl würde sich auf Sachen beziehen. Die Zahl der personenbezogenen Datensätze sollte sich Ende 2001 auf rund 1,9 Mio. belaufen. Betrachtet man sich die Kategorien dieser Personendaten genauer, so wird klar, dass das anfängliche Verkaufsargument – das SIS als Waffe gegen die organisierte Kriminalität – erstunken und erlogen war.

Nur etwa 1 Prozent der gesamten Personen-Ausschreibungen bezieht sich jeweils auf Personen, die aufgrund eines Haftbefehls zur Festnahme und Auslieferung in den ausschreibenden Staat gesucht werden. Eine solche Ausschreibung ist möglich, wenn der Betroffene wegen einer auslieferungsfähigen Straftat gesucht wird, d.h. wegen eines Delikts, auf das mindestens ein Jahr als Strafe steht.

Dagegen entfielen im Laufe der Jahre ständig zwischen 80 und 90 Prozent der Personendaten auf Menschen, die definitiv nicht wegen einer Straftat gesucht wurden. Nach Art. 96 des Schengener Abkommens können Nicht-EU-Staatsangehörige zur Abschiebung oder Zurückweisung an den Grenzen im SIS ausgeschrieben werden. Im vergangenen Jahr sind die Diskussionen um die Ausgestaltung des neuen SIS 2 in eine entscheidende Phase getreten. Die Datensätze sollen erweitert werden. Das neue SIS soll den Vorstellungen der Arbeitsgruppe gemäß auch Fingerabdrücke, Fotos oder gar DNA-Profile enthalten. Außerdem gibt es Vorschläge ein Visumskontrollsystem einzurichten. Ein weiterer Vorschlag bezieht sich darauf, dass sogenannte „violent troublemakers“ zur polizeilichen Beobachtung nach Art. 99 ausgeschrieben werden. *was* ■

## Dreiländer-Manifest Alsace – Baden – Nordwestschweiz Gemeinsame Manifestation am Samstag den 15. Juni 2002 in Weil am Rhein – Basel. Grenzkonzert in Weil am Rhein am 14. Juni 2002

Die Grenzen zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich stellen für viele Menschen unüberwindbare Hürden dar. Im politischen und polizeilichen Visier ist die grenzüberschreitende Flucht und Migration. Die Grenzlinie ist in den letzten Jahren auf einen breiten Grenzraum erweitert worden. Er beruht auf einem mehrstufigen Kontrollsystem. Längs der Grenzen wurden „Hinterland“-Kontrollen installiert, Videosysteme mit Infrarot-Anlagen aufgebaut, gemeinsame Patrouillen und Datensysteme eingerichtet. Einzelne Ergebnisse dieser Politik stehen als sichtbare Zeichen im Grenzraum: ein Ausschaffungsgefängnis direkt an der Grenze Basel – Weil am Rhein, die Einrichtungen des zentralen Schengener Informationssystems in Strasbourg, ein Grenzkommissariat Kehl-Offenburg-Strasbourg, das Bundesgrenzschutzamt in Weil am Rhein. Auch jede unbescholtene Person, läuft Gefahr, aufgrund eines beliebigen Merkmals den Verdacht des Staatsschutzes zu erwecken. Kontakte mit Menschen anderer Herkunft können bereits ausreichen, dass der Staat in die Freiheitsrechte eingreift. Die Aufrüstung wird seit dem 11. September weiter massiv beschleunigt und verstärkt.

Wir, Menschen in der Nordschweiz, im Alsace und in Baden, lehnen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und Wanderung ab. Wir lehnen die hier stattfindende soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ausgrenzung ab, die weitere Ungleichheit schafft. Die Bewegungen der Sans-papiers in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz machen die prekäre Situation von Rechtlosen sichtbar. Die weltweite soziale Ungerechtigkeit kann nicht durch Abschiebegefängnisse und polizeiliche Grenzregime gelöst werden. Wir stellen uns gegen die polizeiliche Aufrüstung in Südbaden, gegen die Einführung der Schleierfahndung in der Schweiz und gegen den geplanten Bau von Abschiebegefängnissen im Alsace.

Wir wehren uns dagegen die Opfer zu Täter zu machen, d.h. gegen eine Spaltungspolitik, welche die aus ihrer Heimat Vertriebenen zu Kriminellen stempelt, vor denen die BürgerInnen unserer Region angeblich zu schützen sind. Unser Verständnis des Zusammenlebens beruht auf der Achtung und dem Respekt der Menschen und ihrer Würde. Wir lehnen politische Lösungsvorschläge, die Menschenrechte nicht achten, ab.

Wir wollen die Grenzen durch elsässisch-badisch-schweizerische Zusammenarbeit auflösen. Wir rufen daher alle Einzelpersonen, Gewerkschaften und den Menschenrechten verpflichteten Gruppen und Organisationen auf, im Sinne des Dreiland-Manifests Verantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, dass als erster gemeinsamer Schritt am Samstag, 15. Juni 2002 an der Grenze Weil am Rhein/Basel mit Aktionen und Kundgebungen ein unüberhörbares und unübersehbares Signal gesetzt wird.

Nordwestschweiz: Solidarité sans frontières, Neuengasse 8, 3011 Bern, Tel.: 031 -311 07 70, Fax.: 031 – 311 07 75, email: sekretariat@sosf.ch

Alsace: Ligue des Droits de l'Homme, 62, rue de Soultz, BP 2015, 68058 Mulhouse-Cedex

Baden: Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), Kronenstr. 16a bei ADW (Hinterhaus), 79100 Freiburg, Tel.: 0761 – 74003, Fax.: 0761 – 709866, email: Bewegungsfreiheit@gmx.de (nur für Aktion)

### Der Zusammenschluss für die Demonstration im Dreiländereck wächst

Der Zusammenschluss für die Durchführung eines Grenzkonzertes und Demonstration gegen Rassismus und Ausgrenzung im Dreiländereck St. Louis, Weil am Rhein und Basel wächst von Tag zu Tag. Mittlerweile rufen ca. 70 Gruppen, Organisationen, Gewerkschaften und Parteien zur Teilnahme auf und mobilisieren in ihren eigenen Reihen. Anfragen von weiteren Gruppen zeigen, dass es in vielen Orten Diskussionen über eine Teilnahme an den Aktionen am 14./15. Juni 2002 gibt. Das Dreiländer-Manifest bildet die politische Grundlage für die Durchführung der Demonstration. Die Gesamtschweizerische Koordination der Sans-Papiers-Bewegung hat beschlossen, drei Wochen vor der Demonstration im Dreieckland, in Genf einen Marsch für die Rechte der Papierlosen zu starten. Der Marsch soll über die Kantone Solothurn, Aargau, usw. nach Basel führen. Während in Basel Gewerkschaften, wie die Gewerkschaft Bau und Industrie, der Demonstration offen gegenüber stehen und sie unterstützen, gibt es in Südbaden keine Rückmeldung aus dem Gewerkschaftsbereich. Gleiches gilt für das Elsass. Der 1. Mai soll dazu genutzt werden, um aus den Reihen der Gewerkschaften eventuell doch noch Unterstützung zu bekommen. Die Dreiländer- Demonstration am 15.6. wird nach heutigem Stand wie folgt ablaufen:

**Schweiz:** 10Uhr Sammelpunkt auf dem Claraplatz Basel (CH). Kundgebung anschließend Demonstration an den Grenzübergang Hüningen/Weil am Rhein-Friedlingen.

**Frankreich:** 12 Uhr Treffpunkt Gemeinschaft-Zollanlage zwischen Village Neuf und Hüningen (F). Kundgebung anschließend Demonstration zum Grenzübergang Hüningen/Weil am Rhein-Friedlingen.

**Deutschland:** 12.30 Uhr Treffpunkt in Weil am Rhein – Friedlingen der Rheinpark (D). Der Rheinpark befindet sich am Grenzübergang Hünigen / Weil am Rhein-Friedlingen.

**CH-F-D:** 12.45 Uhr Vereinigung der drei Demonstrationen. Demonstration durch Weil am Rhein zum Grenzübergang Weil-Otterbach., Kundgebung vor dem Ausschaffungsgefängnis auf Schweizer Seite.

*was* ■

# Migration und Gesundheit

## Das öffentliche Gesundheitswesen muss sich interkulturell öffnen

**Nationale Herkunft sollte bei Art und Qualität medizinischer Beratung und Versorgung keine Rolle spielen. Leider trifft dies für Migrantinnen und Migranten, die Ende 2001 mit 7,32 Millionen knapp 9% der Bevölkerung stellen, immer noch nicht zu. Was sind die Gründe dafür?**

Migrantinnen und Migranten nutzen mangels genügender Informationen das Gesundheitswesen (vor allem das öffentliche) einerseits zu wenig für sich aus, während das Personal des medizinischen Bereichs andererseits in der Regel eine große Distanz zu Migrantinnen und Migranten hat. Es fehlt die Selbstverständlichkeit, mit der Menschen mit Migrationshintergrund als Patienten wahrgenommen werden.

Dies ist die Folge einer verfehlten Informations- und Gesundheitspolitik: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich – obwohl die ersten Arbeitsmigranten bereits 1955/56 nach Deutschland kamen – bis vor kurzem nicht als Einwanderungsland verstanden und es deshalb auch nicht für nötig gehalten, ihre Regeleinrichtungen, darunter auch die im Gesundheitswesen, für diese Klientel zu öffnen. Trotz inzwischen zahlreicher und verdienstvoller Initiativen und Modellversuche ist eine interkulturelle Öffnung auch heute eher die Ausnahme als die Regel.

Aufgrund dieser Tatsachen gibt es immer noch und durch Neueinwanderung auch immer wieder große Probleme und Missverständnisse auf Seiten des Personals im Gesundheitsbereich wie der Migrantinnen und Migranten.

Auf Seiten des Gesundheitswesens sind dies: mangelnde Informationen über das Migrationsgeschehen und die Wanderungsentwicklung; monokulturelle Ausrichtung und wenig Sprachenvielfalt; der Blick auf den Bedarf ist versperrt; wenig bis kein Kontakt zur Zielgruppe; ausgeprägte „Komm-Struktur“ und wenig Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Auf Seiten der Migranten gibt es Zugangsbarrieren wie: Hemmungen vor deutschen Institutionen aufgrund von Erfahrungen, Vorstellungen und negativen Bildern; Sprach- und Verständigungsprobleme; wenig Informationen über bestehende Angebote und Unkenntnis über die Palette von Angeboten, Diensten und Einrichtungen und Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen bei Inanspruchnahme von Leistungen (nicht nur bei Asylbewerbern und Menschen ohne Papiere).

Die Konsequenz für die Politik auf allen Ebenen sollte sein, endlich den Anspruch auf interkulturelle Öffnung der Regeldienste in die Praxis umzusetzen. Dies bedeutet neben der Erweiterung des Angebots den Aufbau von interkulturellen Teams, die Einstellung von Menschen mit bikulturellen und bilingualen Fähigkeiten, die Ausbildung von muttersprachlichem Fachpersonal auf allen Ebenen des Systems, einen erleichterten Zugang für ausländische Mediziner, wenn notwendig, den Einsatz von qualifizierten Sprachmittlern und die Aufnahme interkultureller Inhalte in die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals. Es kann auch darüber nachgedacht werden, die Vergabe öffentlicher Mittel an die Vorgabe qualitätskontrollierter interkultureller Öffnung zu binden.

Ein erhöhter Bedarf an Beratung und Versorgung besteht insbesondere bei der ersten Generation der Arbeitsmigranten, die vor ihrer Ankunft in Deutschland genau untersucht worden waren und lange Zeit zu den gesündesten Menschen gehörten (so genannter healthy migrant effect), die aber jetzt aufgrund von schweren und ungesunden Arbeitsbedingungen bereits ab Mitte Fünfzig altersbedingte (geriatrische) Krankheitsbilder und mehrere Krankheiten gleichzeitig (Multimorbidität) aufweisen, die bei Deutschen erst sehr viel später auftreten. Hier sind auch die Einrichtungen der Altenhilfe gefordert, mit dieser neuen Klientel kultursensibel umzugehen. Bedarf besteht auch bei der Versorgung von psychisch beeinträchtigten Migranten und Migrantinnen: zwar ist vermutlich die Erkrankungsrate nicht unbedingt höher als bei Deutschen, denn Fremdheitserleben kann sowohl krank machen als auch psychische Ressourcen mobilisieren, aber die Versorgung inklusive Therapie ist häufig erschwert durch mangelnde – nicht nur sprachliche – Verständigung. Hier sind Kultursensibilität und Kenntnisse der Behandelnden über Gesundheits- und Krankheitsvorstellungen besonders wichtig. Als letzter Punkt sei hier die mögliche Gefährdung von Jugendlichen durch die Entwicklung süchtigen Verhaltens erwähnt. Nach soeben veröffentlichten Untersuchungen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund insgesamt gesehen nicht stärker gefährdet als deutsche Jugendliche, aber eine notwendige Beratung und Behandlung erfolgt bei ihnen häufig sehr viel später als bei ihren deutschen Altersgenossen. Auch sind in Deutschland derzeit nur etwa 30 Einrichtungen auf die Behandlung junger Migranten vorbereitet. Einige Schritte zur Gleichberechtigung aller Patientinnen und Patienten in Deutschland wurden unternommen, weitere müssen folgen.

*Autorin: Dr. Dorothea Grieger, Referentin im Büro der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Leiterin AK Migration und öffentliche Gesundheit (aus der Zeitschrift aid, Ausländer in Deutschland. Nr. 1/02 www.isoplan.de/aid* ■



**Medizinische Untersuchung bei der Anwerbung, 1973**

Da viele Millionen Migranten in Deutschland nicht ausreichend gut deutsch sprechen, um mit der deutschen Medizin und dem komplizierten Gesundheitssystem zurechtzukommen, wäre eine dem Ausländeranteil entsprechende Zahl ausländischer Ärzte wünschenswert. Dies ist jedoch u.a. aufgrund von Zulassungsbeschränkungen nicht gegeben. Nach wie vor gibt es kein uneingeschränktes Niederlassungsrecht für Migrantinnen und Migranten als Ärzte und Psychotherapeuten. In der Bundesärzteordnung sind Zugangsbeschränkungen für nicht-deutsche Ärzte verankert. Gemäß § 3 kann Nicht-EU-Staatsangehörigen keine Approbation als Arzt erteilt werden, es sei denn, sie gelten als „heimatlose Ausländer“. Dadurch wird vor allem mit Blick auf türkische Patientinnen und Patienten eine interkulturelle Zusammensetzung der Ärzteschaft verhindert. Ausnahmen gelten für besondere Einzelfälle oder aus Gründen des öffentlichen Gesundheitsinteresses, doch kommt dies selten vor. 1998 hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, hier Chancengleichheit herzustellen, doch hat sie dies nicht weiter verfolgt. Die Zulassung von Ärzten mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen (wie überhaupt die Zulassung von Eingewanderten zu den „freien Berufen“, also auch Architekten, Rechtsanwälten etc.) ebenso wie die Ausbildung und Einstellung von Erzieherinnen, Lehrerinnen und Gesundheitspersonal mit Migrationshintergrund würde einen hohen Beitrag zur Integration und zum interkulturellen Zusammenleben leisten. Im kommenden Wahlkampf sollten die Parteien und ihre Kandidatinnen darauf deutlich angesprochen werden. Informationen und Foto aus: aid – Ausländer in Deutschland. *ulk* ■

**Grünen-Studie über DVU-Abgeordneten:**

## „Tittmann ist von Hass geprägt"

***Von Thomas Klaus***

Seit 1991 ist Siegfried Tittmann für die rechtsextremistische Deutsche Volksunion (DVU) Mitglied der drei-köpfigen Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven, des Kommunalparlamentes der rund 115.000 Einwohner starken Stadt im Bundesland Bremen. Und seit Juni 1999 gehört er der Bremischen Bürgerschaft an, dem Parlament des kleinsten Bundeslandes. Ein Glanzstück oder eine Bereicherung für die Demokratie ist er weder in der einen noch in der anderen Funktion. Das wird auch durch eine 45-seitige Dokumentation deutlich, die jetzt von der bremischen Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt wurde. Sie trägt den Titel „...und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion – Der DVU-Abgeordnete Tittmann in der Bremischen Bürgerschaft ".

Grünen-Fraktionsmitarbeiter Thomas Kollande hatte sich durch diverse Parlamentsanträge und Reden des DVU-Mannes zu 92 Debatten aus der Zeit von Juli 1999 bis Juni 2001 quälen müssen. Sein Fazit: „Er missbraucht das Parlament, indem er es nicht als einen Ort der inhaltlich-politischen, an sachlicher Arbeit orientierten Auseinandersetzung betrachtet, sondern als Vehikel für reine Parteipropaganda und dumpfen Populismus benutzt." Die Analyse der Debattenbeiträge aus den letzten beiden Jahren zeige eine „eindeutig vom Hass geprägte Diktion". Der DVU-Abgeordnete trage in der Bürgerschaft eine „deutlich ausländerfeindliche, rassistische, antisemitische, extrem nationalistische und völkische Haltung" zur Schau.

Laut Thomas Kollande ist es völlig gleichgültig, zu welchem Thema oder Tagesordnungspunkt Tittmann spricht – die Struktur seiner Redebeiträge sei stets die gleiche: Deutsches werde von Nichtdeutschem abgegrenzt, Nichtdeutsches und Kriminelles beziehungsweise Bedrohliches gleichgesetzt und die DVU als einzige „demokratische" Alternative im etablierten Parteiensystem präsentiert (Tittmann in der Bürgerschaft mit Blick auf die anderen Parteien: „In der Tat stellt sich der Bürger die berechtigte Frage: Mache ich mich wegen der Unterstützung einer kriminellen etablierten Vereinigung strafbar, wenn ich das nächste Mal zur Wahl gehe?")

Manchmal entbehren Tittmanns Anträge und Reden ganz offensichtlich jeder Substanz, etwa wenn er davon spricht, dass im Bundeshaushalt Hunderte von Milliarden Mark eingespart werden könnten – und das bei einem Gesamtetat von rund 500 Milliarden Mark.

Auf Beiträge anderer Abgeordneter geht der rechtsextremistische Parlamentarier kaum ein, so Kollande. Vielmehr handele es sich bei seinen Reden um „abgeschlossene Texte mit DVU-Botschaften, die oft mit aktuellen Bürgerschaftsthemen wenig gemeinsam haben". Allerdings eignen sie sich vortrefflich für einen Nachdruck in der „National-Zeitung", und das scheint auch ihr wesentlicher Zweck zu sein. Permanent betreibt Tittmann in seinen Reden Werbung für die DVU und erwähnte sie in 92 Debatten immerhin 348-mal.

Thomas Kollande zufolge bringt es Tittmann fertig, „in fast allen Reden zu verschiedensten Themen auf die Ausländerthematik zu kommen" – mit einer klaren Stoßrichtung: „Ich habe ja nichts dagegen, wenn sich Menschen wie zu Hause fühlen, aber zu Hause in ihrem eigenen Land."

Eine offene Leugnung von NS-Verbrechen kann man dem 48-jährigen DVU-Abgeordneten wohl nicht unterstellen. „Tittmann ist nicht so dumm, NS-Verbrechen offen zu leugnen", heißt es in der aktuellen Dokumentation der Grünen-Bürgerschaftsfraktion. Allerdings benutze er Begriffe aus dem NS-Staat in anderen Zusammenhängen und verniedliche die Nazi-Verbrechen dadurch, zum Beispiel wenn er vor dem Hintergrund der Lage amerikanischer Ureinwohner von „Holocaust" spricht oder behauptet, die nach 1945 geborenen Deutschen befänden sich in „Sippenhaft", damit „sie sich wegen der NS-Zeit schämen mögen, dass sie sühnen und büßen und zahlen".

Dass Siegfried Tittmann ein überzeugter DVU-ler vom Scheitel bis zur Sohle zu sein scheint – auch das erfährt der Leser aus der kleinen Studie „... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion". In der Dichtkunst hält der gelernte Einzelhandelskaufmann den Künstler Kurt Eggers für den bedeutendsten Deutschen – jenen bekennenden Verfechter der nationalsozialistischen Weltanschauung, nach dem während der Nazi-Zeit sogar eine Waffen-SS-Standarte benannt war. Als sein Lieblingslied nennt Tittmann das Deutschlandlied mit allen drei Strophen; in der Bundesrepublik wird bekanntlich nur noch die dritte Strophe gesungen, weil die erste mit der Zeile „Deutschland, Deutschland über alles" im Zweiten Weltkrieg zum Inbegriff für Völkermord und Angriffshandlungen gegen andere Länder geworden war. Und der DVU-Politiker bekennt sich auch dazu, handsignierte Fotos von Ritterkreuzträgern zu sammeln.

Die Studie „... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion" ist die dritte der Grünen-Bürgerschaftsfraktion in Sachen DVU. In seinem Vorwort stellt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Matthias Güldner bei aller Empörung über die Anwesenheit Tittmanns im Landesparlament fest, dass es dem DVU-Trommler nicht gelungen sei, „sein oberstes Ziel zu erreichen, die demokratischen Fraktionen gegeneinander zu instrumentalisieren und so Verstärkereffekte für seinen verlorenen Kampf für das ewig Gestrige zu erzielen."

**Die Studie „... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion" kann unter folgender Adresse bezogen werden: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft, Schlachte 19/20, 28195 Bremen**




Ein antifaschistisches AutorInnen-Kollektiv hat kürzlich eine umfangreiche Dokumentation rechter Aktivitäten, Übergriffe und Organisierung im Westhavelland (Brandenburg) im Jahr 2001 zusammengestellt. Minutiös und reich bebildert werden sämtliche Aspekte des lokalen braunen Sumpfes geschildert.

**Online ist der Bericht unter http://www.inforiot.de/westhavelland2001/ abrufbar.**

## „Mit Sicherheit Verlust von Freiheit – Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte durch die ‚Anti-Terror'-Sicherheitspakete"

So lautet der Titel der Bürger- und Bürgerinnen-Information, eine kleine Broschüre, mit der das Komitee für Grundrechte und Demokratie zur öffentlichen Auseinandersetzung mit einer Sicherheitspolitik auffordert, die bürgerliche Freiheitsrechte einschränkt und rassistische Vorurteile schürt.

Zwei Landgerichte stellten Anfang diesen Jahres fest, dass keine „gegenwärtige Gefahr" terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland bestehe. Die Rasterfahndungen verletzten die Grundrechte der klagenden Studierenden. Zwei erfreuliche Urteile angesichts einer

Sicherheitshysterie, die nach dem 11. September 2001 mit den Anti-Terror-Gesetzen weitere gravierende Eingriffe in Grundrechte ermöglichte. Auf solche Gerichtsurteile reagiert die Politik jedoch nur mit der Planung weiterer Gesetzesverschärfungen. Mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz wurden schon zuvor die Vorfeldbefugnisse der Geheimdienste und Polizeien ausgeweitet, Angst und Miss-trauen gegenüber Ausländern geschürt und Bürger generell unter Verdacht gestellt.

Das Grundrechtekomitee stellt fest: Die eiligst durchgebrachten Gesetze schaffen „keine Sicherheit vor neuen Anschlägen. (...) Ganz im Gegenteil: Die GesetzgeberInnen haben vor allem Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung gefördert.

Sie haben einen wesentlichen Teil von Sicherheit – nämlich die Rechtssicherheit und die Sicherheit vor staatlich-repressiven Eingriffen – abgebaut.“

*Dr. Elke Steven* ■

**Die Broschüre ist zu bestellen gegen Vorauszahlung (inkl. Porto) beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln; Einzelexemplar gegen Portokosten (Briefmarke: 0,56 Cent); 10 Ex. 5 Euro; 25 Ex. 10 Euro; 50 Ex. 15 Euro; 100 Ex. 25 Euro**

## :ostritt

Der Deutsche Ostdienst wird in Zukunft nicht mehr als wöchentlicher Informationsdienst erscheinen, sondern als Monatszeitschrift. Da die erste Nummer noch nicht vorliegt, müssen wir uns zu den neuesten Imagestrategien der Bundesverbandes noch geduldig verhalten. Hauptthema der letzten Ausgaben bleibt die Hetze gegen Tschechien. Zu den Aussagen Günter Verheugens in Prag, dass die Beneš-Dekrete für die EU kein Hindernis für die Aufnahme Tschechiens in die EU seien, erklärt *BdV-Präsidentin Erika Steinbach,* MdB CDU:

„Die Auffassung des EU-Kommissars Verheugen, dass die tschechische Rechtsordnung mit den Beneš-Dekreten dem EU-Standard entspricht, ist erschreckend. Europas Weichen werden damit falsch gestellt, mit unabsehbaren Auswirkungen für die Zukunft. Die Erklärung des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman, dass die Dekrete angeblich erloschen seien und als Teil der Rechtsordnung seines Staates nicht aufgehoben werden können, ist bezeichnend für den Umgang mit Unrechtsnormen. Entweder ein Gesetz ist erloschen oder es ist Teil der Rechtsordnung. Beides zugleich ist nicht möglich … Die EU verstößt gegen ihre eigenen in Kopenhagen aufgestellten Kriterien und ihren Wertekanon, wenn sie Tschechien mit seinen menschenrechtswidrigen Gesetzen den Beitritt ermöglicht. Menschenrechtswidrige Normen können und dürfen nicht Bestandteil der europäischen Rechtsordnung werden.“

Zum Besuch des britischen Premierministers Blair am Montag in Prag erklärt Steinbach: „Der britische Premierminister Blair hat in Prag Verständnis für die von verschiedenen Seiten geäußerten „tiefen Gefühle“ im Streit über die Beneš-Dekrete gezeigt. Dies ist gut aber nicht genug. Wenn gleichzeitig nichts unternommen wird, die verletzten Gefühle der noch lebenden Opfer von Massenvertreibungen zu heilen, zeigt dies eine Mitleidlosigkeit ihnen gegenüber. … Wenn die Tschechische Regierung die Worte des britischen Premierministers als Freibrief dafür nimmt, Rechtsvorschriften wie die diskriminierenden Beneš-Dekrete in die Europäische Union einzubringen, waren diese Worte des britischen Premierministers Blair ein falsches Signal. Überraschend allerdings waren sie dennoch nicht. Haben doch Briten und Amerikaner mit dem Potsdamer Protokoll bereits den Genozid an mehr als 15 Millionen Menschen hingenommen.“ Die Kritik des Potsdamer Abkommens durch die Vorsitzende des BDV macht deutlich, dass es ihr um Grenzrevision geht. Kein Wort der Kritik an die Briten, die damals das Münchener Abkommen mit unterzeichneten und Hitlers Einmarsch das taktischen Gründen legitimierten.

*jöd* ■

## :aus der faschistischen presse

### Das Prinzip Mimikry

Nation & Europa April 2002

Der parteipolitisch organisierte Faschismus steckt in der Krise: Die Republikaner, innerlich völlig zerstritten führen selbst in ihren Hochburgen Bayern und Baden-Württemberg ein Schattendasein, bei der NPD wächst die Zahl der Funktionsträger, die ihr Gehalt vom Staatsschutz erhalten, die DVU befindet sich im Privatbesitz und spaltete sich dort, wo sie bei Wahlen erfolgreich war, schnell auf. Auf dieses Dilemma geben Autoren des Aprilheftes von „Nation & Europa" durchaus unterschiedliche, ja gegensätzliche Antworten.

*Christian Böttger* studierte und arbeitete an der Humboldt-Universität Berlin zu Zeiten, als dieser Teil Berlins noch die Hauptstadt der DDR war. Das prägt zwar nicht unbedingt seine Gedanken, wohl aber seine Sprache und so macht er „Programmatische Anmerkungen für eine Partei neuen Typs". „Ganzheitlich denken" ist seine Forderung. Das hört sich fortschrittlich an und das die Friedenspolitik an der Spitze seiner Agenda steht, ist ebenfalls sympathisch. "“ine national-konservative Partei neuen Typs muß Garant des Friedens sein. Die Friedensfrage spielt nicht nur eine große Rolle, um dem Wähler die Angst vor einer rechten, oft mit Militarismus in Verbindung gebrachten Partei zu nehmen, sondern auch, weil die Frage des Friedens in den kommenden Jahren einen zentralen Stellenwert bekommt. Der Imperialismus, resultierend aus dem Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie, braucht den Krieg". Welche(r) Linke würde da widersprechen wollen?

Auch die zweite Forderung Böttgers, „eine national-konservative Partei neuen Typs muß Garant der sozialen Errungenschaften sein" klänge nicht schlecht, wäre da nicht eine Erläuterung, die in Umrissen zeigt, wohin die Reise gehen soll:

*Fortsetzung Seite 16*

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

*Fortsetzung von Seite 15*

„Eine neue national orientierte Partei muß deshalb in der Lage sein, eine überzeugende Kapitalismuskritik zu formulieren, die sich aber von der Kapitalismuskritik der Linken grundsätzlich zu unterscheiden hat und auf einem organischen Gesellschaftsverständnis (gegenüber dem mechanistischen Ansatz der Linken) und einem zugleich humanistischen wie realistischen Menschenbild beruhen muß". Was das bedeuten soll, erläutert der Autor nicht – es kommt aber der Verdacht auf, dass „humanistisch" und „realistisch" vor allem heißen sollen, die Menschen seien von Natur aus ungleich.

Im Märchen vom Wolf und den sieben Geißlein erkannten die kleinen Lämmchen den Wolf zuerst an seiner rauen Stimme und danach, als er die sprichwörtliche Kreide gefressen hatte, an seinen Pfoten. Den Neonazi erkennt man unweigerlich, wenn er als dritten Punkt der Programmatik der Partei neuen Typs „Ausländerpolitik" nennt. Da Böttger, dem Wolf gleich, aber ebenfalls Kreide gefressen hat, hört sich das brutale "Ausländer raus!" der braunen Straßenschläger dann akademisch vornehm so an: „Eine national-konservative Partei neuen Typs muß Garant der nationalen Identität und des Humanismus sein... Es muß die Frage gestellt werden, ob es moralisch vertretbar ist, die Welt als ‚Ersatzteillager' für die Bedürfnisse westlicher Industrieländer zu betrachten, das heißt: selbst auf Ausbildung und Fortbildung zu verzichten und sich je nach Bedarf (amerikanisches Modell) die benötigten Fachkräfte aus dem Ausland zu holen, ohne Rücksicht auf die Folgen in den Herkunftstländern dieser Arbeitskräfte".

Damit aber auch wirklich kein(e) N&E-Leser(in) auf falsche Gedanken kommt, macht der Autor noch im vorletzten Satz seines Artikels klar, worum es ihm keinesfalls geht: „Die ‚Linke' kann auf Grund ihrer internationalistischen Befangenheit keine Alternative mehr zur Globalisierung entwickeln, denn eine solche Alternative müßte zwangsläufig nationale...Züge tragen". Bei solchen falschen Freunden gewinnen die Schlussworte des Manifests der kommunistischen Partei aus dem Jahre 1847 erneut größte Bedeutung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!".

Völlig anders dagegen die Vorschläge von *Roland Wuttke*, der auf „Bewegung statt Partei" setzt. Er behauptet, „daß unsere Grundüberzeugungen weitgehend mit der ‚schweigenden Mehrheit' übereinstimmen. Der Widerstand muß deshalb aus der Mitte des Volkes kommen und darf keine Parteigrenzen kennen. Linker Gesinnungsterror kann durch vielfältige Aktionsformen unterlaufen werden. ... Eine Strategie der ‚Nadelstiche' muß den Menschen zeigen, daß es noch andere Ansichten gibt, als die täglich von den Medien verbreiteten. Dabei eignen sich besonders Themen, die in der öffentlichen Meinung tabuisiert werden, zumindest aber zu kurz kommen: Kriegspolitik an der Seite der USA, Bevorzugung des Großkapitals, Mißbrauch von Steuergeld, deutsche Milliardenzahlungen ans Ausland, Schächten und Tierschutz, Überfremdung, Bagatellisierung von Ausländergewalt und so weiter". Auffallend, dass auch bei Wuttke an erster Stelle Forderungen stehen, die links klingen. Erst weiter hinten rangieren die klassischen Neonazithemen.

Aber das Mimikry-Konzept geht noch weiter: „Zudem sind die ‚Schubladen' in den Köpfen gegenüber (rechten) Parteinamen sehr ausgeprägt. Stellen wir doch einfach die Themen in den Vordergrund und die Parteien in den Hintergrund! Bei einem Infostand gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr oder gegen das Schächten erhält man Zustimmung besonders auch von Menschen, die bislang grün oder rot gewählt haben. Dazu bedarf es aber einer ‚neutralen'Ansprache". Die Friedens- und die Ökologiebewegung, selbst Gruppen mit antiimperialistischer Orientierung sollten sich in Zukunft ihre Bündnispartner genau anschauen – nicht immer ist drin, was draufzustehen scheint. *tri* ■

## Jetzt wird Schill unterstützt

Junge Freiheit Nr. 16/02 vom 12. 4.2002

Das Blatt berichtet über die Fortsetzung der Kampagne der „Deutschen Konservativen" für die Schill-Partei in Sachsen-Anhalt. Deren Vorsitzender *Joachim Siegerist* hatte in der FAZ und danach auch in den größten Zeitungen Sachsen-Anhalts ganzseitige Anzeigen mit der Überschrift „In Berlin Stoiber als Kanzler, aber in den Ländern geht es nicht ohne Schill" geschaltet. Einen ersten wichtigen Erfolg der Schill-Partei sieht er bereits im Antrittsverzicht der DVU. Die DVU hatte 1998 mit 12,9 Prozent einen Überraschungssieg errungen, war jedoch schon bald an internen Streitigkeiten zerbrochen. Die Hoffnung auf Mobilisierung des rechten Rands bewegt Siegerist zur Unterstützung Schills. Der CDU-Vorsitzende Sachsen-Anhalts Böhmer schloss eine Koalition mit der Schill-Partei nicht aus.

## Der Islam als Zivilisationsgegner?

Junge Freiheit Nr. 17/02 vom 19.4.2002

Der Nahost-Konflikt bewegt JF-Redakteur *Michael Wiesberg* zu wilden Spekulationen und wüsten Verleumdungen. Er sieht einen Großkonflikt zwischen dem europäischen Abendland und den islamischen Staaten heraufziehen. Da das nicht besonders wahrscheinlich ist, verlegt er den Konflikt in die europäischen Staaten selbst. Zunächst hält er fest: „Das islamische Weltbild basiert auf der Bestimmung der Territorialität des Islams als ‚Haus des Friedens'. Das legt nahe, dass Gebiete, die von ‚Nicht-Muslimen' bewohnt werden, aus Sicht strenggläubiger Muslime ‚Kriegsgebiete' sind." Europa als muslimisches Kriegsgebiet? Wiesberg malt eine „Intifada" in Westeuropa an die Wand. „Die derzeitigen Konflikte im Nahen Osten könnten deshalb paradigmatisch für zukünftige Konfliktlagen auch in Europa werden ... Die ‚verlorenen Kinder' der islamischen Immigration in den französischen ‚Banlieus' sowie andere ethnische und religiöse Gruppen, die massenhaft aus Afrika, Asien oder den Staaten Osteuropas zugewandert seien, könnten ... in Westeuropa eine ‚zweite Front' eröffnen.... Diese zweite Front könnte eine nachhaltige Destabilisierung der europäischen Demokratien nach sich ziehen." Schon interessant, wie aus den angeblichen islamischen Gegnern auf einmal Afrikaner, Asiaten und Osteuropäer werden. *uld* ■